

Bestimmungen enthält. Es ist eine Ironie, daß dieses Gesetz wegen seiner unheilvollen Wirkungen zu Kriegsbeginn aufgehoben wurde, während das Deutsche Reich daran geht, seine Finanzen durch Einführung eines solchen Monopols nach dem Kriege zu sanieren. Als Vorzüge des Monopols rühmt der Entwurf, daß die außerordentlich großen Propagandabehörden des Defizitlautes erspart werden und die gute Meinung des Braunkweins verbürgt wird. Die Monopolverwaltung wird sich auf die Herstellung einiger weniger Sorten einfachen Feinbraunkweins beschränken, die 85 bis 90 Proz. des Gesamtverbrauchs ausmachen. Es ist jedem unbenommen, gegen Entrichtung einer Abgabe außerhalb des Monopols Braunkwein herzustellen und zu vertreiben, Kornbrennereien, Löhnbrennereien, Hersteller feiner Marken-Schnäpfe, können also feinste Marken auf den Markt bringen. Die Regelung der Vertriebsverhältnisse der Brennereien schließt sich an das geltende Recht an. Die Kriepsverfahren über die Erzeugung von anorganischem Braunkwein sollen nutzbar gemacht werden. Die Verarbeitung von Ablagen der Zellstofffabriken, Holz und Kalkium, Karbid bleibt dem Reiche vorbehalten. Doch wird von vornherein eine Beschränkung dieses Reichsmonopols insofern vorgesehen, als die Herstellung der zur Bedienung insbesondere des Feinbedarfs erforderlichen Braunkweinsorten nicht aus dem dem Reiche zur Verarbeitung vorbehaltenen Stoffen erfolgen soll. Auch hier liegt eine Forderung. Es besteht die Gefahr, daß die Gewinnung des anorganischen Spiritus zu einem Politikum wird, weil die Agrarier natürlich das höchste Interesse an der ausschließlichen Verwendung von Kartoffeln und Korn haben. Gerade eine möglichst geringe Verwendung von Kartoffeln und Korn liegt aber im Interesse der Gemeinwirtschaft, die nach dem Kriege Kräftigung der Menschen und Stärkung unseres Viehbestandes durch Sicherung billiger und reichlicher Getreide- und Kartoffelmengen braucht.

Das neue Gesetz über die Biersteuer

Nicht vor, daß für die ersten 2000 Hektoliter von den Brauereien 10 M. für den Hektoliter an Steuern bezahlt werden müssen; stufenweise steigt dann diese Steuer bis auf 12,50 M. bei einer Produktion von mehr als 60000 Hektolitern. Nach der Erfahrung wird aber beim Verkauf nicht der geringste Steuersatz zugrunde gelegt, sondern der höchste, so daß künftig jeder Liter Bier mit einer Steuer von 12 1/2 Pf. belastet werden wird. Für Einfuhrbier ermäßigen sich diese Steuersätze um die Hälfte, für Starkbier erhöhen sie sich um die Hälfte, so daß also künftig für einen Liter Starkbier eine Steuer von rund 19 Pf. erhoben wird. In demselben Maße wird auch der Zoll auf ausländisches Bier erhoben, so daß nach dem Kriege mit Bierpreisen gerechnet werden muß, die sich mindestens in der Höhe der Preise bewegen, die jetzt bezahlt werden müssen.

Wein und weinähnliche Getränke

werden mit jeweils vom Hundert des Wertes besteuert, steuerpflichtig ist in der Regel der, der den Wein an den Verbraucher abgibt. Der Wein unterliegt gegenwärtig nicht der Besteuerung durch das Reich, weil die zahlreichen Kleinwinzer durch ihren politischen Einfluß jede Belastung zu verhindern wußten und sich dabei auf ihre außerordentlich schlechte wirtschaftliche Lage stützten. Nun beruft sich das Reichsamt darauf, daß die Weinpreise augenblicklich sehr stark gestiegen sind, daß die Winzer im Kriege „gesund“ geworden sind, und daß die gute Weinkonjunktur für sie in Folge der Einfuhrbeschränkung für Auslandsweine noch weiter andauern wird. An das Weingesetz schließt sich eine Erhöhung des Schaumweinsteuersatzes.

Die Besteuerung von Mineralwässern sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Die Steuer beträgt bei Mineralwässern 25 Pf. für den halben Liter, für Limonaden 6 Pf. Bei konzentrierten Kunstlimonaden 60 Pf. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer die steuerpflichtigen Erzeugnisse in den Verkehr bringt oder einführt. Die Besteuerung des Kaffees umfaßt aber nicht den Eschaffee und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man nicht einzelnen Hausfrauen nachlaufen kann, die Gerste rösten.

Steuern auf den Börsen- und Geldverkehr

bestehen vor allem in einer Erhöhung der Steuer auf Beurkundung von Gesellschaftsverträgen, Schuldverschreibungen und Aktien werden von einem weitaus höheren Schlußnotenstempel getroffen als jetzt. Am höchsten ist die Besteuerung von Aktien. Der Geldverkehr ist in der Weise getroffen, daß die für geleihene Gelder von Banken oder Banquiers gezahlten Zinsen besteuert werden und zwar nach ihrer Höhe steigend. Anschließend daran bringt das neue Wechselsteuergesetz eine Erhöhung um rund 20 Proz. der bisher geltenden Tarife. Die Stempelabgabe beträgt: von einer Summe von 250 M. und weniger 0,15 M., über 250 bis 500 M. 0,30 M., über 500 bis 750 M. 0,45 M., über 750 bis 1000 M. 0,60 M., und von jedem fernerer 1000 M. der Summe 0,60 M. mehr, dergestalt, daß jedes angelegene Tausend für 60 Pf. gerechnet wird.

Kriegssteuer,

von der vorläufig nur ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Gesellschaften vorliegt, werden wir noch sprechen. Das neue Gesetz sieht eine Höchstbesteuerung von 60 Proz. des gegen den Frieden erzielten Mehrertrages vor.

die Vorlage betr. Aenderung der mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebenden außerordentlichen Reichsabgaben.

Als diese Abgabe vor zwei Jahren beschlossen wurde, erblickte man in ihr das Wehrsteuergesetz, was etwa dem Postverkehr an Kriegssteuern zugemutet werden könne. Jetzt kommt ein Nachtrag, der folgende Verschärfungen und Erweiterungen der damals beschlossenen Abgaben bringt. Die Ortsbriefe, die seit 1913 7 1/2 Pf. kosten, sollen künftig eine Reichsabgabe von 5 Pf. bezahlen, so daß damit der Satz auf 10 Pf. erhöht wird. Ortsbriefe im Gewicht von mehr als 20 Gramm sollen künftig statt 7 1/2 Pf. 15 Pf., Postkarten für den Fernverkehr werden von 7 1/2 auf 10 Pf. erhöht. Die Reichsabgabe für Pakete bis 5 Kilogramm soll bei Entfernungen bis 75 Kilometern 15 Pf., bei weiteren Entfernungen 25 Pf. und bei Paketen über 5 Kilogramm das Doppelte dieses Satzes betragen. Neu eingeführt werden soll die Reichsabgabe für Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Verschickungen und Postanweisungen. Für Geschäftspapiere, Warenproben und Verschickungen ist eine einheitliche Abgabe von 5 Pf. vorgesehen, auch für Drucksachen soll die Abgabe in derselben Höhe festgesetzt werden; doch sollen für Drucksachen im Gewicht bis 100 Gramm niedrigere Sätze, und zwar bis 50 Gramm 2 Pf., über 100 Gramm 2 1/2 Pf. erhoben werden. Außerdem wird der Telegraphenverkehr noch weiter verteuert, indem die Reichsabgabe für jedes Wort von 2 auf 3 Pf. erhöht wird. Die Vorlage sieht ferner eine weitere Verteuerung des Telephonverkehrs vor und führt auch die Reichsabgabe für Postanweisungen ein. Eine Postanweisung bis 5 M. kostet künftig 15 Pf., 5-100 M. 25 Pf., von 100 bis 200 M. 40 Pf. Der Postschreiber bleibt vorläufig von einer besonderen Abgabe befreit.

Die Begründung will das Gewicht der Wünsche, die den Post- und Telegraphenverkehr von jeder Belastung möglichst freihalten möchten, nicht unterschätzen, aber bei der Länge des Krieges seien die Ausgaben in einem Maße gewachsen, daß sich eine notwendige Heranziehung des Post- und Telegraphenverkehrs nicht umgehen lasse. Die Reichsregierung befindet sich in einer Zwangslage,

und die vorgezeichnete Belastung sollte sich noch innerhalb der erteilten Grenzen. Auch im Auslande habe man diesen Weg beschreiten müssen. Die bisherige Reichsabgabe sei auch, wie schon jetzt mit Sicherheit gesagt werden könne, der Entwicklung des Post- und Telegraphenverkehrs nicht hinderlich gewesen. In den nächsten Jahren muß aber die Begründung zugeben, daß man vor zwei Jahren in der Schätzung des Ertrags sehr danebengegriffen hat. Statt 200 Millionen werden im Jahre 1917 nur etwa 145 Millionen Einnahmen aus der Reichsabgabe gemonnen werden. Es sich zur Errettung der Reichskasse aus ihrer Zwangslage gar kein anderes Mittel finden läßt, als diese wiederholte Schröpfung des Verkehrs, darüber wird noch ernstlich zu reden sein.

Gesetz gegen die Steuerflucht,

welche die Abwanderung von Kapitalien verhindern soll. Unter den Strafen ist besonders hervorzuheben, daß Personen, die wegen Steuerflucht verurteilt worden sind, die Staatsangehörigkeit in allen Bundesstaaten aberkannt werden kann, und daß sich der Verlust auf die Staatsangehörigkeit auch auf die Ehefrau und die Kinder erstreckt.

Für das Inkrafttreten der Gesetze

sind folgende Termine vorgesehen: Das Braunkweinmonopol mit der Verkündigung, Biersteuer 1. Oktober, Weinsteuer und alkoholische Getränke 1. Juli, Umsatzsteuer 1. Juni, Postabgaben 1. Oktober, Stempelgesetz 1. August.

Was die neuen Steuern bringen sollen.

An erster Stelle steht die Umsatzsteuer, von der sich das Reichsamt eine Ertragssteigerung um eine runde Milliarde, auf 1200 Millionen Mark verspricht. Daran folgen gleich die Getränkesteuern: Braunkwein 800 bis 850 Millionen Mark, Bier 513 Millionen Mark (mehr 340 Millionen Mark), Wein 104 Millionen Mark, Schaumwein 32 Millionen Mark, Mineralwässer 51 Millionen Mark. Die Erhöhung der Reichspostabgabe verpricht 125 Millionen Mark mehr zu liefern, die Besteuerung des Börsen- und Geldverkehrs einschließlich der Erhöhung der Wechselsteuer sogar 214 Millionen Mark. Die Gesellschaften sollen im Jahre 600 Millionen Mark zahlen, während ihre Leistung nach dem früheren Kriegssteuergesetz auf 400 Millionen Mark geschätzt wird.

Der Kampf um den andriscchen Höhenriegel.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.) Westfront, 16. April.

Der Schwerpunkt der Schlacht bei Armenières lag in den letzten Tagen bei dem rechten Flügel im Angriffsraum zwischen Pezebronk und Wytschaete. Die dortigen Kämpfe um den Aufstieg der deutschen Truppen auf den andriscchen Höhenriegel nahmen auch gestern trotz trüben und stürmischen Wetters, das die Artillerietätigkeit erschwerte und die Fliegerausflüge unmöglich machte, ihren günstigen Fortgang. Die ersten Stufen des Höhenriegels sind nunmehr auf ziemlich breiter Front in der ungelährten Linie westlich Merris und Le Vaten südlich Meteren und Vailleur, nördlich Neuve Eglise und Wulbeigem in deutscher Hand. Dabei verdienen die schweren Kämpfe westlich Vailleur besondere Beachtung. Während nämlich deutsche Divisionen östlich dieser Stadt sämtliche englische Stellungen durchstoßen haben und in offener Feldschlacht ringen, hält der Engländer sich in Vailleur und westlich von der Stadt mit gewaltiger Widerstandskraft. Vom Ausgangspunkt Barnettou zogen sich in nordöstlicher Richtung von unserer Front zunächst die erste und zweite feindliche Infanteriestellung, darauf der Messines-Ploegsteert-Riegel, dahinter die sogenannte Schneestellung, endlich zwischen Neuve Eglise und Vailleur die dritte englische Stellung, im ganzen also fünf starke Stellungen hin. Alle waren gegen einen Angriff von Osten her orientiert. Um aber auch einen drohenden Angriff von Süden her abweisen zu können, hatte der Gegner zwischen dem Messines-Ploegsteert-Riegel in der Schneestellung auch noch zwei starke Querriegel gezogen. Um diese sieben Wälle ist in den letzten Tagen erbittert gerungen worden. Dabei bedingte die außerordentlich geschickte Schachtelung derselben, daß jeder Frontalangriff flankiert werden konnte, jeder Ansturmversuch der einen Stellung gleichzeitig einen Frontalangriff der anderen erforderte. Nachdem gestern der Wulbergem-Riegel zu beiden Seiten des gleichnamigen wichtigen Straßenkreuzungsdorfes gebrochen und die Höhen zwischen Vailleur und Eglise erklüftet sind, liegt der Hauptteil der englischen Grabensetzung hinter unserer Linie. Doch läßt sich der Gegner hier weiter auf starke natürliche und künstliche Hindernisse, die langwierige Kämpfe erwarten lassen. In ihnen wird die schwere deutsche Artillerie ein gewichtiges Wort zu sprechen haben.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Die Zivilbevölkerung in der Hölle des Schreckens.

Berlin, 17. April. Seit Beginn der deutschen Offensive zwang England die französische Bevölkerung zu ganz kurz befristeter Räumung des Kampfgebietes. Niemandem wurde Zeit gelassen, sein Hab und Gut zu bergen. Die englische Soldateska hemmte sich nicht plündernd des zurückgelassenen französischen Eigentums. Neuerdings behandelt die britische Regierung den Bundesgenossen noch grausamer. Im Kampfgebiet der Ys unterließ die englische Militärbehörde selbst die notwendige Benachrichtigung der Bevölkerung! Die bedauerndsten Menschen konnten also aus der gefährlichen Zone nicht einmal entfliehen, um das nackte Leben zu retten. Sie liehen vielmehr die Einwohner von Estaires, Sailly und vielen anderen Orten erschreckungslos zurück, ohne die Mittel zur Abwehr zu stellen. So wurden Greise, Frauen und Kinder schreckungslos den Schrecken des Trommelfeuers und der sich um die einzelnen Dörfer abspielenden Kämpfe ausgesetzt. Die unglückliche französische Bevölkerung dieser Zone ist zum Teil tot oder verwundet und während der Kampfhandlungen buchstäblich zugrunde gegangen. Deutsche Soldaten fanden Frauen und Kinder vor, die infolge der Ergebnisse wahnsinnig geworden waren. Zitternde Greise, irrsinnige Worte murmelnd, starrten in die lodenden Flammen ihrer Häuser, sterbende Kinder lagen allein und verlassen in der Nähe der Trümmerstätten.

Die neue Ypernschlacht.

Englischer Heeresbericht vom 16. April abends. Schwere Kämpfe fanden heute an der Front von Meteren bis Wytschaete statt. Heute beim Morgengrauen erneuerte der Feind seine Angriffe mit Wucht bei Wytschaete und Sparbroelmolen. Unterstützt von schwerer Beschießung,

näheren sich seine Truppen unseren Stellungen unter dem Schutze des Nebels und ergriffen nach langem Ringen Besitz von beiden Dörfern. In Meteren gelang es dem Feind ebenfalls im Laufe des Vormittags im Dorfe Fuß zu fassen, wo der Kampf andauert. An den übrigen Teilen der genannten Front wurden die feindlichen Angriffe abgewiesen. Der Feind unternahm heute früh ferner einen starken örtlichen Angriff auf unsere Stellungen gegenüber Vohelles südlich von Yras. Der Kampf dauert in diesem Gebiet noch an. Die feindliche Artillerie war heute tätiger südlich von Albert und im Gebiet des La Bassée-Kanals. Deutsche Infanterieabteilungen, die sich in der Umgebung von Locon sammelten, wurden von unserer Artillerie unter Feuer genommen und zerstreut. Gebeizerte beiderseitige Artillerietätigkeit im Abschnitt von Baschendaele. An der übrigen britischen Front ist die Lage unverändert.

Burian, Czernins Nachfolger. — Demission des Kabinetts Welerle.

Mit der Ernennung des Baron Burian zum Minister des Äußeren ist die auswärtige Politik Oesterreichs nach einem glänzenden schillernden Interregnum zur Tagesordnung der nächsten Geschäfte zurückgeführt. Man nennt den Baron Stephan Burian von Rajecz mit Unrecht den „neuen“ Minister des Äußeren, in Wirklichkeit ist er der alte, der auf seinen Posten zurückkehrt, nachdem sein Nachfolger von vorgestern, sein Vorgänger von gestern über die Kaiserbriefsaffäre gestürzt ist. Burian war vom 13. Januar 1915 bis zum 26. September 1916 Minister des Äußeren, ihm folgte Czernin bis zum 14. April 1918, und nun ist wieder Burian an der Reihe, der seither das gemeinsame Finanzministerium verwaltete und es auch vorläufig mit behält.

Burians Programm läßt sich vielleicht am besten in die Worte zusammenfassen: Im Bunde mit Deutschland zum Frieden! Bei diesem Frieden muß Ungarn gut bekommen, in zweiter Linie natürlich auch Oesterreich, dessen Auslandspolitik der Gemeinsame mitverwaltet. Die Südslaven haben nicht mit der Freundschaft Burians zu rechnen, da sie die magyarische Vorherrschaft in Ungarn bedrohen, die Italiener nicht mit seiner besonderen Feindschaft, da die Interessen Italiens und Ungarns nicht unmittelbar aufeinander stoßen. In Oesterreich werden weder die Slaven noch die Deutschen davon sehr erbaut sein, daß die Leitung der auswärtigen Politik wieder in magyarische Hände geraten ist.

Die Wiederkehr der Tisza-Männer zur Macht steht in engem Zusammenhang mit der ungarischen Regierungskrise. Das von Tisza bekämpfte Wahlreformministerium Welerle hat beschlossen, seine Demission zu geben, weil es vom König Karl nicht die Ermächtigung erhielt, Neuwahlen auszuschreiben, die der vom radikalen Justizminister Bazsonyi ausgearbeiteten Wahlrechtsvorlage eine Mehrheit verschafft hätten. Der Kandidat des bisherigen Regierungsparteiblocks (der sich jedoch nicht auf eine Parlamentarität stützen konnte) war nicht Burian, sondern Graf Andrássy, Burian aber ist Tiszas Kandidat.

Als Ergebnis der Doppelkrise kann somit folgendes festgestellt werden: Die Tisza-Partei übernimmt wieder die Führung der Reichsgeschäfte nach außen und verstärkt ihre Position im Staatsinnern. Dieser Wechsel der Dinge ist auf persönliche Entschlüsse des jungen Monarchen zurückzuführen, der Burian wieder berief und Welerle die Ermächtigung zur Auflösung des ungarischen Abgeordnetenhauses verweigerte. In Deutschland wird man die Wiederkehr des berühmten Vertreters der Bündnispolitik begrüßen, in Oesterreich-Ungarn wird über sie außerhalb der engen Zirkel Tiszas keine Begeisterung herrschen.

Das englische Mannschaffersatz-Gesetz angenommen.

Dienstpflicht für Irland gegen Homerule.

London, 17. April. (Reuter.) Unterhaus. Das Mannschaffersatz-Gesetz wurde in dritter Lesung mit 301 gegen 103 Stimmen angenommen.

London, 16. April. (Reuter.) Die Lösung der Homerule-Frage darf jetzt als wahrscheinlich betrachtet werden, und zwar auf der Grundlage, daß die Wehrpflicht in Irland nicht eingeführt wird, bevor Homerule Gesetz geworden ist, und daß die Regierung zurücktreten werde, wenn das Oberhaus die Homerulebill ablehnt.

Rotterdam, 16. April. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge schreibt „Daily News“: Carson weiß, daß der Bauer in Ulster ebenso sehr gegen die Dienstpflicht ist wie der Sinn-Feiner. Aber Carsons Vergangenheit verhindert ihn, sich gegen die Dienstpflicht zu erklären. Er greift deshalb klugerweise die Art der Anwendung der Dienstpflicht an, anstatt sich gegen die Sache selbst zu wenden.

Lloyd George über die irische Dienstpflicht.

London, 16. April. Unterhaus. In Beantwortung der Anfragen Dilons erklärte Lloyd George, die Anwendung des Dienstpflichtgesetzes auf Irland könne billigerweise nicht mit dem Versuch verglichen werden, den amerikanischen Kolonien Steuern gegen ihren Willen aufzuerlegen, weil es sich in diesem Falle um eine Besteuerung ohne Vertretung handle. Die Forderung, daß zunächst die

Zustimmung der Iren

erlangt werden soll, könnte mit demselben Rechte für Wales und Schottland geltend gemacht werden. Mit Bezug auf die Behauptung Dilons, daß der Krieg hätte erfolgreicher geführt werden können, möge daran erinnert werden, daß innerhalb der letzten 18 Monate einer unserer größten Verbündeten, der über eine Armee von 5 bis 6 Millionen Mann verfügt, aus dem Kriege ausgeschieden ist. Man könne schwerlich behaupten, daß die gegenwärtige Regierung für den Volkswismus in Russland verantwortlich sei. Lloyd George erklärte dann: Die Regelung der irischen Frage ist nicht nur für Irland, sondern für das Reich eine Angelegenheit von vitalen Interesse, und es wäre im Interesse unserer Leistungsfähigkeit und im Interesse der Mobilisierung unserer Kräfte für das beste Ziel wünschenswert, daß wir die irische Frage regeln und irgendwie eine Friedenseinheit in Irland sowie das Wohlwollen Amerikas erreichen würden. Es gibt niemanden in der Regierung, der nicht im Stillen überzeugt ist, daß es besser für sein Land und deshalb besser für die Alliierten ist, wenn diese Frage geregelt wird. Bei der Einföhrung des Mannschaffsatzgesetzes hat die Regierung an nichts anderes gedacht, als an die besten Mittel, den Krieg fortzusetzen. Niemand, der die schwierige Lage überblickt, kann einen Augenblick zweifeln, daß diese Vorschläge notwendig sind, um

einer Rottage

zu begegnen. Die Maßnahme ist sehr weitreichend und wird eine lähmende Wirkung auf gewisse Industrien haben. Die Regierung hat Irland nur widerwillig eingeschlossen und nur deshalb, weil sie überzeugt war, daß es ungerade sei und

Reichstag.

147. Sitzung, Mittwoch, 17. April, nachmittags 3 Uhr.

Im Ministerrat: Müllin.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Postetats.

Der Ausschuss beantragt neben der unveränderten Annahme des Etats eine Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die eine Reihe von Gehaltsaufbesserungen bringt und das Besoldungsdienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um drei Jahre erhöht.

Staatssekretär Müllin

Leitet den Etat als den ersten seiner Amtsführung mit einer kurzen Uebersicht der Ausgaben ein, für die im allgemeinen die Zahlen des letzten Friedensjahres die Grundlage bildeten; nur an einzelnen Stellen zeigt sich die dauernde Einwirkung des Krieges, vor allem bei den personlichen Ausgaben und denen für das Fuhrwesen. Auch die Gehälter und Löhne sind erheblich gestiegen. Die ausreichende Gestaltung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse wird stets Gegenstand der besonderen Fürsorge der Verwaltung sein. Das Personal hat im allgemeinen seine Schuldigkeit getan. Aber durch den langen Krieg ist die Widerstandskraft der Beamten geschwächt, und deshalb soll im kommenden Sommer zum ersten Male der Urlaub wieder ebenso wie im Frieden gewährt werden. (Beifall.) Wenn der Friede kommt, werden die Postbeamten genau wie früher ihre Schuldigkeit tun.

Abg. Raden (Z.): Den Beamten, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht getan haben, gebührt voller Dank. Geht nicht über die Verausgabung und den Verlust von Paketen.

Verlust von Paketen.

Die eingetretene Vertrauensbeweise, daß an diesem Mißstand nicht die Beamten, sondern das Hilfspersonal beteiligt ist. Der von der Post für geraubte und verlorene Pakete geleistete Ersatz ist in der heutigen Kriegszeit zu gering und bedarf dringend der Erhöhung. Redner spricht des weiteren für Besserstellung einzelner Beamtensategorien.

Staatssekretär Müllin: Ein großer Teil der sogenannten Postdiebstähle fällt der Post gar nicht zur Last. Viele Pakete werden schon gestohlen auf dem Wege von der Wohnung zur Post; unglücklich gestohlen wird auch auf der Eisenbahn. Eine ganze Anzahl angeblich gestohlener Pakete gehören auch zu den unanbringlichen, weil die Adresse abgegangen ist. Daß der Entschädigungsbetrag bei den heutigen Preisen nicht ausreicht, um den tatsächlich erlittenen Schaden zu ersetzen, gebe ich zu. Aber das ist kein Grund, das Gesetz zu ändern. Dem Gesetze nach wären wir im Kriege überhaupt berechtigt, jeden Schadenersatz abzulehnen. Daran denke ich natürlich nicht. Aber es wird erwogen, auf andere Weise den Interessen des Publikums entgegenzukommen.

Abg. Taubadel (Soz.):

Die Situation des neuen Staatssekretärs, der sein Amt mitten im Kriege übernommen hat, ist keine leichte. Es ist im Postbetrieb viel zu verbessern. Man betrachtet den Postbetrieb heute leider als ergiebige Steuerquelle. Auch jetzt soll ja das Publikum durch Erhöhung der Postgebühren

Erhöhung der Postgebühren

mit 125 Millionen jährlich belastet werden. (Hört, hört!) Die Anhebung dieser neuen Verkehrsbelastung ist von der Regierung ausgegangen und die Regierung ist nur allzu schnell darauf eingegangen. — Die Zahl der Postdiebstähle hat sich in letzter Zeit wieder gesteigert. Die von der Post gewährte Entschädigung ist gänzlich unzureichend, trotzdem wurden im vergangenen Jahre über 3 Millionen Mark Entschädigungen ausgezahlt, das beweist, um welche ungeheure Summen das Publikum in der Tat durch diese Diebstähle geschädigt wird. Wie ist es mit dem Brief-Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Wien? Ist er eigentlich gestört, und zu welchen Bedingungen? Unverständlich ist es, wie man es als Mißbrauch der Postfreiheit für Feldpostsendungen bezeichnen und die Betreffenden gar bestrafen kann, wenn auf Feldpostkarten von Bekannten des Absenders Grüße hinzugefügt werden! In einem solchen Falle wurde ein Feldgrauer und seine Braut zu je 8 M. wegen Verhöhnung bestraft. (Hört, hört!) Dagegen wurde ein Major, der Privatpakete portofrei versandte, nur höflich aufgefordert, das Porto nachzugeben. (Hört, hört!) Hoffentlich gelingt es dem neuen Staatssekretär zu einem erträglichen Verhältnis zu seinen Beamten zu kommen. Bei sozialpolitischen Maßnahmen wird der Staatssekretär

lär immer auf unsere bereitwillige Mitarbeit rechnen können. Dringend notwendig ist eine

großzügige Besoldungsreform.

Die Beförderungsverhältnisse müssen verbessert werden. In der Beschäftigung von Kriegsschadigten sollte die Postverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Unglaublich ist, daß über 40 Jahre alte Leute bei der Post keine Anstellung mehr finden sollen. Die Entlohnung und Behandlung der Aushilfskräfte läßt sehr viel zu wünschen übrig; Tagelöhne von 5, 4 selbst 3,50 M., entsprechen in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte es diesen Hilfskräften doch nicht gar so schwer machen, ehrlich zu bleiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ganz besonders mißlich stehen die Aushilfskräfte in bezug auf die Teuerungszulagen. Hier herrscht ein wirres Durcheinander, jede einseitige Regelung scheint zu fehlen. Geht es so weiter wie jetzt, so geben die besten Kräfte beim Friedensschluß in die Privatbetriebe über. Der Schaden davon hätte die Postverwaltung und nicht zuletzt das Publikum. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Gubrich (Sp.): Die Lebensmittelausschüsse der Post sind leider viel zu spät eingesetzt worden. Zu begrüßen ist dabei aber, daß man bei dieser Gelegenheit zum erstenmal die Organisationen der Beamten und Arbeiter gutachtlich gehört hat. Wenn der bisherigen Ära der Belämpfung und des Mißtrauens gegenüber den Beamtenebenen eine Ära des Vertrauens und der positiven Unterstützung dieser Vereine folgen sollte, so würde dieser neue Geist in der Postverwaltung lebhafteste Befriedigung in der Beamtenschaft hervorrufen. (Sehr richtig! links.)

Das Haus verlagert sich auf Donnerstag, 3 Uhr (Postetat, Reichseisenbahnen).

Schluß: 7 1/2 Uhr.

Capelle über den U-Boot-Krieg.

Die Werftbetriebe.

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 17. April tabelle Spiegel (Soz.), daß den Arbeiterausschüssen auf den Werftbetrieben alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Arbeiter, die für ihre Kollegen eintreten, werden einfach eingezogen. Die Drohung mit dem Schwebstuhl ist bereits zur Gewohnheit geworden. Pfleger (Z.) wünscht, daß das Reichsministerium die Errichtung von Beamteneinschüssen befürworten möge. Staatssekretär v. Capelle erklärt, sein prinzipieller Gegner der Beamteneinschüsse zu sein und sei bereit, dem Reichsamt des Innern die Schaffung solcher Ausschüsse zu empfehlen. Die Arbeiterausschüsse hätten sehr verdienstvoll gewirkt. Brandes (U. Soz.) trägt gleichfalls Beschwerde aus den Werften vor. Geheimrat Harms versucht die als unzulänglich bezeichnete Entschädigung der Beamten zu rechtfertigen. Weinhausen (Sp.) bittet den Staatssekretär, im Plenum zu erklären, daß er es nicht billige, wenn die kaiserlichen Werften Leute deshalb nicht einstellen, weil sie auf Privatwerken ihre Arbeit aufgegeben haben. Strube (Sp.) tritt für die Streichung der

geforderten Intendanturräte

ein, während Westarp (L.) sich gegen die Streichung wandte. Für Beamteneinschüsse liege kein Bedürfnis vor. Stresemann (natl.) hält die Bedenken gegen die Beamteneinschüsse nicht für begründet. Die Neuordnung der Gehälter sei eine der dringlichsten Aufgaben. Staatssekretär v. Capelle erklärt, der Anhang zur Laufbahn als Seemann ist so groß, daß eine Anzahl Bewerber zurückgewiesen werden müssen. Koste (Soz.): Bei Vermehrung der Beamten dürfe man das Allgemeininteresse nicht aus dem Auge lassen. Reichen die Beamten später nicht, dann kann man der Frage wieder näher treten. Frhr. v. Camp ist damit einverstanden, daß die Schaffung von Beamteneinschüssen empfohlen wird.

Die geforderten 5 Intendanturräte werden gestrichen, ebenso 10 von den geforderten 15 Intendantursekretären.

Der Antrag, den Reichsanwalt zu ersuchen, in den Werften der kaiserlichen Marine Beamteneinschüsse einzurichten, wird angenommen.

Spers (D. Frkt.) wünscht Auskunft über die angebliche Torpedierung englischer Hospitaltschiffe. Admiral Hobbinghaus: Es hat der Marine stets ferngelegen, Hospitaltschiffe anzugreifen. Es liegt aber einmündiges Material dafür vor, daß die Engländer auf diesen Schiffen Truppen und Munition befördern.

Der Ausschuss wandte sich dann zur Erörterung des

U-Boot-Kriegs.

Staatssekretär v. Capelle setzt auseinander, daß alle Berechnungen, die aufgestellt worden sind, eigentlich mehr akademischen Wert hatten. Darüber war man sich klar, daß England, wenn ihm das Messer an der Kehle steht, die Hand auf die Welttonnage legen wird. An der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges ist kein Zweifel mehr möglich, angesichts der Tonnagenot, unter der England heute leidet und die die Westmächte in eine bedenkliche Lage gebracht hat. Redner gibt einen Uebersicht über die Tonnagenverhältnisse; die Tonnage hat nicht nur durch Versenkung, sondern auch durch Verbrauch eine erhebliche Verminderung erfahren, angesichts eines gesteigerten Bedarfs. Die Westmächte zwingen jetzt neutrale Schiffe im Sperrgebiet zu fahren. Die Engländer schonen damit ihre Schiffe und schaffen sich gleichzeitig ihre Konkurrenten vom Hals. Die Neutrals gelangen damit nach dem Kriege in eine schwere Abhängigkeit von England und Amerika. Die englischen Behauptungen über die deutschen U-Boot-Verluste sind auch bei der englischen Annahme eines Verlustes von 20 Prozent weit übertrieben. Der Zugang war stets größer als der Abgang.

Der Staatssekretär geht dann auf die Ankündigung von Lloyd George ein, daß der Krieg nach lange nicht zu Ende sei, wenn der Kontinentalkrieg beendet ist, weil dann der Seerückzug weitergeführt wird. Diese Ankündigung ist nicht tragisch zu nehmen, weil der Vermehrung der Schiffe, schon der Materialfrage wegen, schwere Hindernisse im Wege stehen. Der englische Schiffsbau hat einen ganz erheblichen Rückgang erfahren. Unserer

Versenkungsziffer von 600 000 Tonnem pro Monat

sehen nur Neubauten von 100 000 Tonnem gegenüber. Bei dieser Fruchtarmut unserer Gegner bedeutet jedes versenkte Schiff einen steigenden Verlust. Die Leistungen unserer U-Boote werden auf der Höhe bleiben, so daß jeder Zweifel am Erfolg des U-Boot-Krieges unberechtigt ist, wenn auch besonders die Engländer an Abwehrmaßnahmen das Menschenmögliche geleistet haben. Einen Schutz gegen die U-Boote bildet auch das Geleitsystem nicht. Die Zufuhr von Stahl nach England ist erheblich zurückgegangen, im laufenden Jahr dürfte sie völlig eingestellt worden sein, denn Amerika muß jetzt Stahl nach Japan liefern. Infolge der Transportbeschwerden stehen viele Werke in Amerika nahezu still. Daraus geht hervor, daß es England an Material fehlt, dessen Zufuhr unsere U-Boote hindern. Auf die militärische Hilfe Amerikas übergehend vertritt der Staatssekretär den Standpunkt, daß man die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Truppen nicht zu hoch einschätzen dürfe. Sein Schiffsbauprogramm hat Amerika nicht einhalten können, das trifft England besonders schwer, das weniger Verlangen nach amerikanischen Soldaten als vielmehr nach amerikanischen Schiffen hat. Was Amerika ferner fehlt, das sind die geschulten Arbeitskräfte, die sich so rasch nicht beschaffen lassen. Jedenfalls ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Amerikas erheblich überschätzt worden. Aber auch die Lebensmittelnote der Westmächte kann durch Amerika, wo die Preise rasant in die Höhe gehen, nicht behoben werden. Es ist seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg nicht besser, sondern schlechter geworden, und das bezieht sich so ziemlich auf alle Gebiete.

Erzberger (Z.) stellt fest, daß der Staatssekretär heute alle Berechnungen, die er vorher aufgestellt hatte, zerrissen hat. Jetzt erkennt man an, daß die Zahlen, die soviel Hoffnungen erweckten, nicht zutreffend waren. Wie hoch schätze man heute die Welttonnage ein? Mit der Länge des U-Boot-Krieges verschlechtert sich zweifellos die Situation unserer Gegner. Jetzt kann der U-Boot-Krieg nicht mehr eingeschätzt werden, nachdem nun einmal die Nachteile eingetreten sind, die man vorausgesehen hatte. Die Frage sei nur die, ob immer genügend Aufträge auf die Herstellung von U-Booten erteilt worden sind. Daran sind Zweifel berechtigt. Für unser künftiges großes Kolonialreich können wir nach dem Kriege die U-Boote sehr gut gebrauchen. Dringend sei davon zu warnen, einen Gegner zu unterschätzen, denn die Leistungsfähigkeit erfährt im Kriege eine Steigerung; das dürfte auch in Amerika zutreffen. Redner bezieht sich dann in eingehenden Vorlesungen die Richtigkeit der Zahlen, die der Staatssekretär angeführt hat.

Staatssekretär v. Capelle legt Wert auf die Feststellung, daß es keinerlei Einwirkung von irgendeiner Seite bedurft habe, um die Marineverwaltung zu veranlassen, mehr U-Boote zu bestellen. Ein solche Einwirkung ist nie erfolgt und war auch gar nicht nötig, weil die Marineverwaltung stets alles getan hat, um die Zahl der U-Boote zu vermehren.

Die Beratung soll Donnerstag zu Ende geführt werden.

Pioniere.

13] Roman aus dem Norden von Ernst Diding.

Natürlich. Mit dem Ingenieur sei das etwas anderes. Natürlich solle Raja für ihn sorgen. Wie ginge es sonst? Vielleicht wünsche der Ingenieur auch, daß sie ihm das Essen kochte?

Das wollte Agren nicht. Mit dem Essen komme er schon selbst zurecht. Das habe er früher auch schon gemacht, wenn er zu Hause in Wärmland mit seinem Bruder, dem Jägermeister, wochenlang im Walde gewesen sei.

„Herr Gemini! Der Herr Ingenieur war Wärmländer? Da waren sie ja richtige Landsleute!“

Hansson mußte auf und den Ingenieur umarmen. Er war auch aus Wärmland, aus Degerfors. „Und woher stammte der Ingenieur?“

Agren entkam ihm nicht. Er mußte berichten, er sei in Karlstad geboren, der Vater sei tot, aber die Mutter lebe noch von ihrer kleinen Pension, und sie habe die selbstgebackenen Pfefferkuchen eingepackt, die er jetzt Hansson anbot.

Während sie dasaßen und heimlichen Pfefferkuchen kauten und ihn in Wärmländerinnerungen aufweichten, öffnete sich die Tür, und Raja kam mit einem Eimer voll Wasser herein und füllte die Kanne. Und nun bekam sie auch Pfefferkuchen, und dann beförderte sie Hansson von dem Betttrand fort und machte das Bett mit den schönen weißen Laken zurecht, die Agren auspackte. Dann ging sie hinaus und holte zwei Wolldecken und deckte das Bett damit zu. Aber so oft sie kam, warf sie hinter Hanssons Rücken Agrens Mäde zu, die eine sehr inhaltreiche Sprache sprach. Er bekam beinahe Angst.

Als Hansson fragte, ob Agren hinaus wolle und die Arbeiten besichtigen, war er sofort bereit. Die Müdigkeit war schon überwunden, und nachdem Raja ihnen Kaffee gebracht hatte, gingen die beiden Männer rasch zur Bahn hinaus, das heißt so rasch sie konnten, denn sie glitten auf dem weichen Boden und den triefenden Abhängen aus.

Oben am Bahndamm siedete die Arbeit. Die Männer schwiigten in Hemdbärmeln im Sonnendunst, Paße und

Spaten schnitten unaufhörlich in die Seitenwände, so daß die kleinen Steine die Böschung hinunterpurzelten und tanzten, während die großen Steine würdig hinunterglitten.

Die Kippwagen rasselten und knarrten auf dem Hülsgleis, Sprengschüsse donnerten neben dem Bahndamm, und bisweilen flogen ganze Krater in die Luft, mit Steinen und Baumstämmen und auch ganzen Büscheln von Jivergbirken. Ab und an dröhnte ein Warnungsruß, und oben vom Berge herunter flogen Riesenfalten über die Bahn weg und schlugen in den Lornejaur ein, so daß das Wasser himmelhoch spritzte.

Dann lachten die Arbeiter. Hier formte man die Erde nach eigener Façon um. Das war eine Arbeit, die sich für Männer schickte. Bei! Sie schlugen drein, daß die Rückenlehnen sich wie Stahlfaiten spannten. Die Spaten klirrten, die Haden klangen, die Luftstrane knirschten, und die Sprengschüsse sangen. Und oben im Berge gingen die Bohrschläge in unermüdlich gleichem Takt. Das war die Musik der Arbeit. Agren erstickte sie leicht wie eine schöne Symphonie. Und diese Kerls! Ohne Ausnahme stämmige, grobe, außerordentliche Leute, Kerle, die ausfahen, als könnten sie es mit dem Bösen aufnehmen, wenn es nötig wäre. Sieh da, hob da nicht einer von ihnen einen Stein von hundert Kilo und warf ihn die Böschung hinunter!

Hansson, der Agrens Blick folgte, gab sofort eine Erklärung.

„Das da,“ sagte er, „das ist Stöld. Der ist aus Nordbotten, Garthäuter, wie man die nennt. Er ist mit Hjort gekommen. Das ist ein verteuftel stärker Kerl. Er hat vorige Woche fünf Kerls lahm geschlagen, als sie mit dem Messer auf ihn losgingen. Zwei von ihnen liegen noch im Krankenhaus. Das war ihnen recht, denn sie hatten angefangen. Stöld ist der friedlichste Mensch unter der Sonne. Er ist der tüchtigste Bohrer an der ganzen Bahn.“

„Woher habt ihr all die Leute?“ fragte Agren.

„Aus ganz Schweden. Aber wir nehmen nur die besten. In Kiruna strömen die Leute nur so zu. Jetzt ist es anders als damals, wo wir angingen. Da mußte man mit der Laterne suchen, bis man einen fand. Da kommt Ingenieur Gerell,“ unterbrach er sich.

Eine elastische Gestalt sprang über den Seitengraben, kam auf sie zu und grüßte.

„Ingenieur Agren?“ sagte er. „Mein Name ist Gerell. Ja, hier sieht es nicht verlockend aus,“ sagte er, als Agren den Berg betrachtete, der zerklüftet über ihnen hing. „Ja, glaube auch, wir müssen alles liegen lassen. Wir dürfen hier nicht weiter gehen. Ich habe das neulich schon Hjort gesagt, und er hat selbst auch ein sehr bedenkliches Gesicht gemacht. Die letzte Woche haben wir neun Schneelawinen gehabt, und die eine Montag früh — das stimmt doch, Hansson? — hat hier unten auf der Bahn alles mit Stumpf und Stiel weggeegelt: Wagen, Werkzeug, Luftkran und alles. Wir selbst sind davongekommen. Wir waren so früh noch nicht hier. Es ist schon ein Satansberg!“

Alle drei blickten zum Kuolja hinaus. Ein Teil der Abhänge war schneefrei, aber hoch oben hingen schmutzgraue Schneeschollen, die jeden Augenblick abstürzen konnten.

Der untere Teil des Berges glitzerte und glänzte im Sonnenschein, als seien Millionen Diamanten darüber gestreut, der Gipfel aber war in einer wolligen weißen Haube versteckt, die fast mit dem Schnee da oben in eins zusammenfloß.

Gerell sagte Agren unter den Arm und zog ihn mit sich. „Ich bin überzeugt,“ sagte er, „daß wir den Berg durchtunneln müssen. Das wird eine greuliche Arbeit, aber dann sind wir wenigstens vor dem Schnee sicher.“

Agren hatte plötzlich das Gefühl, seine Aufgabe sei schwerer als er sie sich gedacht hatte. Er wußte nicht, ob es Einbildung war, aber er fühlte ein Frösteln. Die ganze Landschaft wurde plötzlich ernst und schwer.

„Wenn Sie wollen, sehen wir uns den Abisofall an, denn wenn wir den Berg durchstechen, müssen wir von da die Kraft für die Bohrmaschinen nehmen.“

Gerell entwickelte den ganzen Plan mit dem Dammbau, den Holztrommeln und den Generatoren, den Stoßbohrmaschinen, der Aufmauerung und andrem. Agren hörte kaum zu. Er ging und grubelte über eine Sache nach.

Darum hatte die Landschaft ihr Gepräge geändert und war so ernst geworden?

(Fortf. folgt.)

Groß-Berlin

Einheitliches Baurecht für Groß-Berlin.

Der Verband Groß-Berlin sendet uns eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Die schädlichen Folgen der kommunalen Zersplittertheit Groß-Berlins und der behördlichen Zerstückelung machen sich wohl am tiefgreifendsten auf dem Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswesens bemerkbar. Das Bauordnungsverfahren Groß-Berlins wird durch nicht weniger als 7 Hauptbauordnungen mit zahlreichen Nachträgen und 24 Hauptbauklassen geregelt, zu denen über 80 Sonderbauklassen und Sonderbauordnungen treten. Trotz dieser Fülle von Bauordnungen ist das Groß-Berliner Baurecht in seinen Grundlagen mangelhaft.

Aus diesen Erwägungen heraus haben der Verbandsausschuss und die Verbandsversammlung an die Staatsregierung das Verlangen nach durchgreifender Verbesserung des Groß-Berliner Bauordnungsverfahrens gestellt. Der Verband wünscht die baldmöglichste Schaffung eines einheitlichen Baurechts für das zusammenhängende Groß-Berliner Siedlungsgebiet, das so klar und übersichtlich gehalten sein müsse, daß die praktische Bauwelt sich schnell und sicher daraus unterrichten könne. Die zu dem neuen Baurecht gehörige neue Bauklasseneinteilung muß ebenfalls einheitlich für Groß-Berlin aufgestellt und neben den Bedürfnissen der Einzelgemeinde wie bisher, in Zukunft auch der Entwicklung Groß-Berlins voranschauend gerecht werden. Der Verband hat den Minister der öffentlichen Arbeiten, welcher bereits eine Kommission für die Vorarbeiten eingesetzt hat, um möglichst Beschleunigung im Interesse der Vortätigkeit nach dem Kriege gebeten.

Nährmittelausgabe in Groß-Berlin.

Im Gebiet des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin werden nach Beschluß des Lebensmittelauausschusses in der Zeit bis Mitte Mai auf die Lebensmittelkarte 900 Gramm und auf die Lebensmittelkarte für Jugendliche weitere 300 Gramm Nahrungsmittel ausgegeben werden.

Zur Milchverteilung in Groß-Berlin.

Bis auf weiteres werden auf die roten „A“-Karten 1 Liter Vollmilch, auf die grünen „A II“-Karten $\frac{3}{4}$ Liter, auf die blauen „B“-Karten $\frac{1}{2}$ Liter und auf die braunen „C“-Karten $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch ausgegeben. Auf Krankenkarten und Sonderkarten ist die aufgedruckte Menge voll zu verabsolgen.

Berliner Lebensmittel.

Für die nächsten 4 Wochen werden 4 Pfund Marmelade zur Verteilung gelangen; zunächst entfällt auf Abschnitt 19 und 20 der Lebensmittelkarte je 1 Pfund Marmelade. Die Voranmeldung findet in den durch Aushängeschild: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften am 19., 20. und 22. April statt. Die Abgabe an die Verbraucher erfolgt vom 29. April ab.

Hilflos gestorben!

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet folgenden skandalösen Vorfall: Der Fondsmakler Emanuel Gorkoff, der in der Handjerystraße in Friedenau wohnte, starb am 5. April über Halsköpfe. In der Nacht verstärkten sich die Halsbeschwerden und Erstickungserscheinungen traten auf. Die Gattin des Kranken telephonierte darauf sofort in der Nacht gegen 12 Uhr sämtliche Rettungswachen an; ein Arzt wurde nur auf der Wache Grunewald angetroffen. Der Arzt der Station Grunewald verweigerte die Hilfe, da es bis Friedenau zu weit sei. Die Tochter des Kranken machte sich darauf mit diesem auf die Suche nach einem Arzt. Sie versuchte, bei einer größeren Reihe von Friedenauer Ärzten Hilfe zu erlangen. Die Ärzte antworteten auf das Häuten der Nachmittags überhaupt nicht aber waren nicht zu Hause. Die Tochter entschloß sich deshalb, mit ihrem Vater das Schöneberger Auguste-Viktoria-Krankenhaus in der Canovastraße aufzusuchen. Inzwischen hatten die Erstickungsanfalle des Patienten an Stärke zugenommen, so daß er sich kaum fortbewegen konnte. In der Rettungstation der Ersten Hilfe im Krankenhaus Schöneberg fragte die diensthabende Schwester, wer die Hilfesuchenden denn zu ihr geschickt habe, und ob denn der Fall wirklich so schwer sei, daß erste Hilfe notwendig sei. Da die Tochter energisch auf Behandlung ihres Vaters bestand, wurde nach einigem Zögern der Arzt vom Nachdienst, Dr. Wolowich, herbeigeholt. Der Arzt begab sich mit dem Kranken in das Operationszimmer, das dicht neben dem Aufnahmezimmer liegt. Dr. Wolowich wies darauf hin, daß er für den Fall nicht zuständig sei, der Patient solle sich nach Richterfelde begeben, das dortige Krankenhaus sei zuständig. Nach einer Unterredung erklärte der Arzt der Tochter, daß bei ihrem Vater ein Mandelgeschwür im Anzuge sei, das aber durchaus ungefährlich sei. Da keine Lebensgefahr vorliege und er auch nicht zuständig sei, müsse er die Behandlung ablehnen. Obgleich die Tochter darauf hinwies, daß ihr Vater hohes Fieber habe und dauernd unter Erstickungsanfällen leide, blieb der Arzt bei der Verweigerung der Behandlung. Vater und Tochter verließen darauf die Station der Ersten Hilfe und versuchten, sich nach Richterfelde zu begeben. Auf dem Wege dorthin wurden die Erstickungsanfalle des Patienten so stark, daß ein Fortgehen des Weges nicht mehr möglich war. Mit vieler Mühe gelang es der Tochter, den Vater in die eigene Wohnung zu bringen. Dort starb der Kranke etwa $\frac{1}{2}$ Stunden nach seiner Ankunft. Der Arzt, der die Todesursache feststellen sollte, erklärte, daß der Tod durch Erstickung eingetreten sei und daß die Ursache sehr leicht durch einen kleinen Einschnitt hätte behoben werden können.

Man braucht dieser Schilderung kein Wort hinzuzufügen. Ob der Vorfall die amtlichen Stellen veranlassen wird, endlich dafür zu sorgen, daß in Groß-Berlin auch nachts ärztliche Hilfe zu finden ist, bleibt abzuwarten.

Das Stiefkind Berlin.

Die Militärverwaltung hat der Berliner Wirtschafts-Genossenschaft mitgeteilt, daß sie ihre die russischen Gefangenen nicht mehr lange werde belassen können, da sie für die Landwirtschaft notwendig gebraucht würden. Da außerdem wieder großer Mangel an Verladerraum herrscht, so muß sich die Wirtschafts-Genossenschaft nach einer anderen Beseitigung des Mülls, möglichst auf dem Wasserwege umsehen. Also wird die atomische Berliner Müllsalamität noch um einige Grade verschärft werden.

Vom Theaterkulturverband. Der auf Freitag, den 19., abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Bürgeraal des Rathauses festgesetzte Vortrag von

Dr. Ludwig Seelig über „Theater und Staat“ wird auch die Aufgaben der Gemeinden gegenüber dem Theater erörtern. Karten zum Vortrag, auch für Nichtmitglieder frei, durch die Geschäftsstelle des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur, Orisberweg Groß-Berlin, SO 33, Treptower Chaussee 4A, I.

Der Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Groß-Berlin teilt mit, daß der Sommerkurs begonnen hat. Die nächste Lehrstunde findet am Montag, den 22., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Schulz, Am Königsgraben 2, statt, wozu noch einige Teilnehmer sich zur Aufnahme melden können. Der einmalige Beitrag für den Kursus beträgt 2,50 M. Eine reichhaltige Bibliothek steht kostenlos zur Verfügung. Meldungen nimmt der Vorsitzende Gustav Dietrich, NW 23, Klappstockstraße 25, Hof parterre, entgegen, wo auch Lehrpläne zu haben sind. — Am Sonntag, den 21., findet ein Familienausflug nach Sanssouci bei Pferdebusch (Adenick) statt. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr. Gäste sind willkommen.

Der Sportpark Treptow veranstaltet am kommenden Sonntag den Großen April-Preis. In diesem Tage wird Stehbrint zum ersten Male in dieser Saison an den Start gehen. Seine Gegner sind Kettelbeck, Pawle und Wahrenndel. Das Rennen wird in drei Läufen über 10, 15 und 40 Kilometer ausgetragen. Schrittmacherdienste werden leisten Wajoritz für Stehbrint, Kräger für Wahrenndel, Geppert für Pawle und Wittig für Kettelbeck. Außerdem findet auch ein großer April-Preis für Flieger statt.

Doppelstichmord. Ein Ehepaar wird vom gestrigen Tage aus Spandau gemeldet. Dort wurde im Hause Pichelsdorfer Straße 43 am gestrigen Nachmittag der Granatendreher Max Lemke und dessen 32jährige Ehefrau in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Lemke war mehrere Jahre im Felde gewesen, wo er sich eine Malariaerkrankung zugezogen hatte, an deren Folgen er noch häufig litt. Seit einiger Zeit war er zur Arbeitsleistung in der Nahrungsmittelindustrie rekrutiert worden und in der Geschloßfabrik beschäftigt. Frau Lemke arbeitete im Artilleriedepot. Ihr einziges Kind, einen dreijährigen Knaben, hatten sie in Berlin bei der Mutter der Frau in Pflege gegeben. Der Zustand des Mannes verbesserte sich in der letzten Zeit nicht und alle gegen die Krankheit angewendeten Mittel waren erfolglos. So scheint es, daß der unheilbare Krankheitszustand des Arbeiters ihn zum Selbstmord getrieben hatte und daß die Frau freiwillig mit ihm in den Tod gegangen ist. Ein hingenugener Arzt stellte fest, daß der Tod des Ehepaars durch Gasvergiftung mindestens vor zwei Tagen eingetreten war.

Von einem Schußmann schwer verletzt wurde in der vergangenen Nacht ein unbekannter Einbrecher in der Quibowstraße. Dem Schußmann Schütz vom 100. Revier fielen zwei Männer auf, die mit Geschirrtellen die Straße entlang gingen. Als er die Verdächtigen festnehmen wollte, ergriff der eine die Flucht und entkam. Der andere dagegen leistete heftigen Widerstand und schlug auf den Beamten ein. Dieser griff zur Dienstwaffe und schoß seinem Gegner eine Kugel durch den Kopf. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht, wo er bedenklich daniederliegt. Bei sich hatte er Papiere auf den Namen Hermann Nieske aus der Soldiner Straße 70. Der Träger dieses Namens aber ist er nicht. Seine Leute ließ auch der entkommene Einbrecher im Stich. Es waren im ganzen drei volle Geschirre und Decken im Werte von 5000 M., die die beiden in der Quibowstraße gestohlen hatten.

Unbekannte Tote. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 10. wurde die Leiche einer bisher unbekanntem Frauensperson vor Alexander-Platz 7 aus dem Humboldthafen gelandet. Die Frauensperson, welche längere Zeit im Wasser gelegen haben muß, ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, 1,67 Meter groß, hat blondes Haar, geneigte Stirn, blonde Augenbrauen, mittlere Nase, aufgeworfene Lippen, vollständige Zähne und breites Kinn. Bekleidet war sie mit blauschwarzer Karierter Bluse, dunkelgrauem Lobenoberrock, einem roten und einem hellgrau geringelten Unterrock, weißer Leinwand ohne Leisten, schwarzen Strümpfen, schwarzen Halbschuhen, Armbanduhr und Ohrgehängen mit blauen Steinen. Personen, welche über die Persönlichkeit der Toten Auskunft geben können, werden gebeten, Mitteilungen an den XII. Kriminalbezirk Berlin zu 1247 IV, 55, 18, zu richten, auch nimmt jedes Polizeiviertel sachdienliche Angaben entgegen.

Charlottenburg. Erhöhte Kriegsteuerungszulagen. Der Magistrat hat den Stadtverordneten vorgeschlagen, die laufenden Kriegsteuerungszulagen neu festzusetzen, und zwar sollen berechnete Beamte und Angestellte ohne Kinder vom 1. April d. J. ab in Tarifklasse V 900 M., in Tarifklasse IV 1080 M., in Tarifklasse III 1200 M. und in Tarifklasse II 1300 M. erhalten, das bedeutet gegenüber den bisherigen Sätzen eine Erhöhung um je 300 M. Verheiratete mit Kindern erhalten dazu für jedes Kind 15 Proz. der vorkleibenden Sätze, anstatt wie bisher 10 Proz. Die städtischen Arbeiter, die bisher einen Kriegszulagezuschlag von 40 Proz. für den Arbeitslohn erhalten haben, sollen von jetzt ab einen solchen von 45 Proz., also jährlich um rund 140 M. erhalten. Neben den laufenden Kriegsteuerungszulagen werden die Kriegszulagen unverändert weiter gewährt werden.

Wilmersdorf. Neue Kundenlisten für den Kartoffelbezug. Von Freitag, den 19. April, ab gelangen neue Kundenlisten für den Kartoffelbezug zur Auslegung. Die Anmeldung hat von Freitag bis einschl. Mittwoch, den 24. April, zu geschehen. Ausgenommen von der Anmeldung sind diejenigen Personen, die noch mit Kartoffeln versorgt sind. Für solche Personen kann eine Eintragung in die Kundenliste nicht vorgenommen werden. Eine Versäumung der Anmeldefrist hat den Ausschluss des betr. Kartontinhabers vom Kartoffelbezug bis auf weiteres zur Folge. Der Kartoffelbezug durch das Publikum erfolgt vom 13. Mai 1918 an nur auf Grund der neuen Kundenlisten. Bis dahin bleiben die alten Kundenlisten in Kraft.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 150 A/B der Lebensmittelkarte der Gemeinde werden 4 Pfund Sauerlöffel zum Preise von 19 Pf. (Rund 25 Pf.) abgegeben. Der Sauerlöffel kann vom 20. d. Mts. ab bei den Händlern gekauft werden.

Köpenick. Lebensmittel. In unserer Verkaufsstelle in der Turnhalle (Scharnhorststraße) findet heute der Verkauf von frischem Spinat statt. Das Pfund kostet 45 Pf. — In der Verkaufsstelle der Gemeinde werden Seefische auf folgende Nummern des Ausweises verkauft: Rudow Nr. 601—600.

Wetterausrichten für das mittlere Norddeutsche Land die Freitag mittag. Teilweise heiter, jedoch vorherrschend mollig und etwas neblig, mit leichten Regenschauern, streifweise Gewitter, in den Tagesstunden mäßig warm.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Stadtverordnetenerwahl für die 2. Klasse.

Lichtenberg. Montag, den 29. April, von 12—6 Uhr, findet im 2. Bezirk der 2. Abteilung die Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Jaffe statt. Die Genossen und Genossinnen werden dringend eruchtet, sich zur Wahlhilfe zur Verfügung zu stellen. Der Wahlbezirk umfasst folgende Straßen: Al-Borsdager 22—26, Blumenthalstr. 1—42, Vogehager Chaussee 1—12 und 24—29, Rinowstr. 1—40, Frankfurter Allee 59—81, Friedrich-Rühl-Straße 1—34, Gabriel-Rog-Straße 8—9, Gärtnerstr. 11—24, Blager Straße 1—4, Grünberger Straße 1—11 und 20—24, Holstei-Straße 19—22, Jungstr. 1—44, Trossener Straße 7—10, Matzger Straße 15—27, Oberstr. 8—21, Seumeit. 17—20, Schornweber-Straße 15—52, Weichselstr. 1—21, Weserstr. 13—25 und 32—33, Wismarplatz 5—6. Näheres wird noch bekannt gemacht.

Der Wahlkampf im 16. Kommunalwahlbezirk wird von den „Unabhängigen“ in der ihnen eigenen Weise geführt. In den von ihnen herausgegebenen Flugblättern und ihrem „Mitteilungsblatt“ wird das Menschenmögliche an Verdrehungen geleistet. Die Abstimmungen unserer Reichsfraktion werden in ihr Segenlied verkehrt. Mit solchen Waffen braucht nur der zu kämpfen, dessen Sache auf schlechten Füßen steht. Es wäre Zeitverschwendung, sich auf die Widerlegung der aufgestellten Unwahrheiten einzulassen. Nur auf eine Frage in dem letzten Flugblatt wollen wir antworten. „Wer ist der richtige Mann?“ fragen die Unabhängigen die Wähler. Unsere Antwort lautet:

Paul Liffin, Verbandsvorsitzender.

Warum? Paul Liffin hat durch seine bisherige Tätigkeit in der Öffentlichkeit und insbesondere in den von ihm besessenen städtischen Ehrenämtern bewiesen, daß ihm das Wohl der wertvollsten Bevölkerung am Herzen liegt. Paul Liffin ist kein Neuling auf dem Gebiet der Kommunalpolitik und auch keine politische Null. Der unabhängige Kandidat dagegen ist sowohl als Parteimann wie auch als Kämpfer für die proletarischen Interessen völlig unbekannt und in politischer Beziehung ein unbeschriebenes Blatt.

Die Antwort der Wähler muß daher am 28. April lauten: Der richtige Mann ist

Paul Liffin.

Berlin 4. Zur Wahlhilfe im 16. Kommunalwahlbezirk werden die Genossen und Genossinnen um ihre Mitwirkung ersucht. Meldungen sind an den Gen. Fr. Schliens, O 112, Simpsonstraße 87, zu richten. Am Wahltag, den 28. April, wollen sich Parteikräfte im Wahlbureau, Müddendorfer Str. 3, Lokal des Genossen Franz Schudert, melden.

Aus aller Welt.

Von der eigenen Mutter ums Leben gebracht.

Anfang November vorigen Jahres wurden die beiden zwei und drei Jahre alten Söhne eines Arbeiters Müller in der Rhonstraße in Brandenburg a. N. als vermist gemeldet. Einige Tage später wurden die Kinder als Leichen aus der Elbe geborgen. Jetzt hat die 27-jährige Mutter derselben das Geständnis abgelegt, daß sie die Kleinen von der Eisenbahnbrücke der Brandenburgischen Städtebahn aus ins Wasser geworfen hat. Unglückliche Familienverhältnisse hätten sie zu dem Schritt getrieben.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Berlin. Nächsten Sonntag Tageswanderung nach Straußberg, Herzfeld, Erkner. Fahrgehalt 1,20 M. Treffpunkt 7 Uhr morgens am Schlesischen Bahnhof, Fahrkartenausgabe.

Humanistische Gemeinde Berlin (G. N. 7). Am Sonntag, den 21. April, nachmittags 6 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werder-Schule Oberrealgasse, Riederwallstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benzig über: „Kulturnote und Stellung der Frau nach dem Kriege“ statt. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Müglener Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. Mittags Berlin 2. Montag, den 22., abends 8 Uhr, bei Schulz, Waldstr. 4, Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

N. J. 100. Wir werden Ihre Anregung gelegentlich verwerten. — G. N. 1. Es besteht in diesem Falle kein Anspruch auf den Zulag von 8 M. Beide Berufsvereinigungen können ihn ablehnen. — 2. Nein. — 3. W. 2. Soweit wir den Arbeitsvertrag kennen, ist das nicht darin. Die Annahme trifft sich nicht auf Ihre Strafe. — 4. Vergern. Wenn Beschäftigte vorliegt, erhält sie die Wohnung bei der Wiedervermietung. — 5. Aprilwetter 1901. 1. Ja. 2. Wir der Entlassung in die Heimat hat die Ausweisung natürlich nichts zu tun. Sie steht dem Betreffenden zu. — 3. N. 2. 2685. Das möchten wir auch gern wissen; wir haben keine Zeit und keine Lust, danach zu forschen. — 4. T. 4. Nach dem Kriege steht Ihnen der Besuch der Gräber sicher frei. Jetzt müssen Sie die Genehmigung vom Generalkommando einholen. — 5. Z. 38. Das Testament ist rechtsgültig. — 6. J. Sie werden natürlich wieder in die Front geschickt werden. Eine Reklamation ist in diesem Falle aussichtslos. — 7. N. 2476. Wenn mindestens 200 Karten geliefert sind, hat der Sohn Anspruch auf „Anwalde“-bezw. „Kantentente“. — 8. 109. Sie werden Schadenersatzanspruch gegen die Volksherde nicht geltend machen können. Der Bescheld, das fest zu jedem Vater eine Postadresse sein muß, ist unzulässig. Die Sache wird sich daher schwer auflösen lassen. — 9. S. 65. Sie können jetzt nicht auf Erhebung klagen, da bereits vorher Verlobung eingetreten ist. — 3. G. 1. Wiederholung der Beitrage aus der Annahmevereinbarung ist nicht. 2. Ob der betreffende Bestand Sterbegeld zahlt, entzieht sich unserer Kenntnis. Fragen Sie bei ihm selbst danach an. 3. Die Eltern des Mannes sind mit erbrechtigt, wenn die Ehe kinderlos ist, jedoch gehört Ihnen die Wittschaft im voraus. — 106. Belgien. Berlin NW, Dunderlauer 5. — C. M. 112. Das Beste ist ein Bewerbsanschreiben über Tochter an die betreffenden Stellen. Mitteilungen der Schulzeugnisse sind beizufügen. Die Adressen lauten: Reichsmarinamt, W 10, Königin-Augusta-Str. 28. Agl. Druck, Kriegsdienstverweigerung, W 66, Leipziger Str. 5. Königl. Eisenbahndirektion, W 25, Schöneberger Ufer 1—4. — Strahburg G. 52. Ueber die Verhältnisse der Seeleute erhalten Sie Auskunft beim Transportarbeiter-Verband, Arbeitsnachweis für Seeleute in Hamburg, Schornweber-Str. 12, über Steint., Dr. Dierck. 1820. — D. R. 1. Bedenken Sie sich an den Hauptausgang für Kriegseinschichten, Berlin NW 23, Leisingerstraße 11. — N. R. 101. Ein Augenheilverfahren besteht nicht, die Teilnahme an den Übungen ist eine freiwillige. Eine Verpflichtung zur Teilnahme läßt sich nur dann in Frage stellen, wenn die Übungen als Unterrichtsbestandteil in den Fortbildungskursen aufgenommen würden. Dann müßten die Fortbildungsschüler an den Übungen teilnehmen. — 3. I. 3a.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstraße 82 Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Gr. Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Morgen, den 19. cr.,
Gr. Doppel-Konzert
zum Besten der Wohlfahrtspflege eines Gardo-Regiments.
Zähne m. echt. Friedenskauschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Anwendung bei Narkose u. Chloroform gratis. Goldtrauen 2,00 M. an. Spezial: Zähne ohne Zahnpraxis Halvani, Danziger Straße 1, Gaumenpl. Ed. Schönj. Allee.

Kaffee Luitpold
Kotzstraße 15.
Kabarett.
Frank Bergmann
Pepi Pfeiffer
Martin Löwe
und das große
April-Programm.
Zahngebisse,
Blatin, Gr. 7,00, Ketten,
Ringe, Weiche ta u ft
Frau Wagner,
Raststr. 18 I (Alexanderplatz)

Spezialarzt
Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowstr.
17, 12-25-1/10
Syphilis, Harn-, Frauenleiden,
Blutuntersuchungen, Modernes,
erfolgreich. Heilverfahren. Teils
Elektr. u. Licht. (Schl. 6, 600 M.,
nach außerhalb verschlossen 1 M.)
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sprechst. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle,
sichere, schmerzlose Heilung
ohne Berufsstörung. Tollzahlung

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
direkt am
Stadtbahn-
Bahnhof
Behandlung von Syphilis, Haut-
Garn-, Frauenleiden, spez.
chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste
Behandlung, ohne Berufsstörung.
Blutuntersuchung. Wäg. Preise.
Teilzahlung. Sprechstunden 10
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.
Landhaus mit Zig.-Gesch.
belle Lage des Parks, Baden,
3 Etas., Küche, Scheune, Rem.
Stall, Obst- u. Gemüsegarten,
3 Wurz. Bäder, Kleinvieh, An-
zahl. 6000. Eigent. Oilmann,
Friedrichshof, Bahnh. Frieden-
grund. 1442*

Kostüme
Mäntel
Kleider
Röcke und Blusen
festigt zu soliden Preisen
Atelier Bolz, ir. 13, I.
A. d. Gorr-J. G.
Schönha. 10 Pf. ab Friedenau,
Baz. 4000, — 20 Dtsch. Baum,
Sommerh. voll. mit Regen,
Gähner. A. 858*, Gerth-
manns Ann.-Bür. Berlin W9.

Wie
soil man wandern?
Anleitungen und Winkte von
Engelbert Graf.
2. Auflage. Preis 40 Pf.
Ein Vöcklein für den
praktischen Gebrauch
und daher jedem
Wanderfreunde ein
Reiz seiner Begleiter
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Universal-Vertriebsk. 4-
Wart, Buchhandlung Vorwärts,
Lindenstraße 3 (Laden).

Und Sie?



Können Sie sich den Reizen dieses ungewöhnlichen Kostüms verschließen?

Selne elegante Linie, den modischen Schnitt, die entzückenden, rankenartig aufgestellten Seidenverzierungen, zeigt das Bild hinlänglich.

Was das Bild nicht zeigt, das ist:

1. die vorzügliche Qualität der Selde aus der es zusammen mit weichem Garbadine-Stoff hergestellt ist,
2. daß Jacke oder Rock, jedes für sich getragen, äußerst flott wirken,
3. die sorgsame, gute Verarbeitung,
4. daß es in vielen schönen Modefarben bei uns vorrätig ist.

Und der Preis?

nur 275.-!

C & A

Königstr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113

Beim Steintor-Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Deutscher Metallarbeiterverband

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter

Hermann Jordan
Liebenwalder Str. 52
am 15. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Rasterei-Kirchhofes in der Seefraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Paul Raeh
Helmholtzstr. 26
am 13. April gestorben ist.

Die Einäschung findet am Donnerstag, den 18. April, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Karl Vollmann
Kreuzberg, Glasomstraße 41
am 13. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzberger-Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Karl Maynz
Liebenwalder Str. 10
am 15. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Pöppelsee aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Chre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Formner

Max Vey
Charlottenburg, Gauerstr. 10
am 15. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rullens-Kirchhofes, Charlottenburg, Fürstendammer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bekleider

Hermann Dehmel
Doppelner Str. 35
am 8. April gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Formner

Gustav Doege
Guineastr. 7
am 9. April gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Heinrich Henzschei
Wilhelmshavener Str. 50
am 11. April gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Karl Krause
Gödderstr. 44
am 16. April gestorben ist.

Chre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Typographia.

Am Montag, den 15. April, verstarb unser langjähriges Mitglied

August Heyne.
Der Verein wird seinem treuen Kameraden ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzberger-Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
An rege Beteiligung der Sängerkörpers wird gebeten.
Der Vorstand.

Kranken-, Sterbe- und Zwickhülle für männl. Perlonen aller Berufe Groß-Berlin.

Nachruf.
Am 10. April 1918 verstarb unser Mitglied

Alwin Martin
(Quinmacher).
Chre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Walter Falk

Woiener-Batt. 28/2
Inhaber des Ehrenkreuzes II. Klasse

im Alter von 23 Jahren nach dreijährigen schweren Kämpfen und Entbehrungen am 5. April 1918 durch Granatplitzer in den Rücken nun doch dem Weltkriege zum Opfer gefallen ist.

Dies allen Verwandten und Bekannten hierdurch zur Nachricht.
Berlin, Weidenweg 65.
In tiefstem Schmerz

Paul Falk nebst Frau
geb. Erdmann,
Erich Falk,
zurzeit in Genes.-Komp. in Wilmshagen.

Es ist zu schwer, dies zu verkünden.
Dah wir Dich soll'n nicht wiederseh'n.
[2111b]

Hierdurch teilen wir allen Freunden und Bekannten mit, daß unsere liebe Mutter,

Frau Gertrud Burger
geb. Bartsch
nach langem Leiden sanft entschlafen ist. 17761

Dies zeigen tiefbetruert an
Willi und Hans Burger.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. April 1918, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes (Heinichenborf) aus statt.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter Vater und Schwiegervater, der Schlosser

Karl Mayns
am 15. April im Alter von 48 Jahren im Städtischen Krankenhaus an Lungenschwindsucht gestorben ist.

Dies zeigen in tiefer Trauer an als Kinder:

Artur Mayns
Helene Mayns
geb. Krinetzki
Ella Mayns
Karl Mayns
Käte Mayns.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der St. Johannis-Gemeinde in Pöppelsee aus statt. 17761

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber, guter Vater, unser treuer Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Emil Wruck
am 15. d. Mts. nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Anni Wruck
geb. Setzkorn.

Nieder-Schöneweide, den 17. April 1918.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof Ober-Schöneweide statt. 12004

Berl. Spar- u. Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Sonntag, d. 28. April 1918,
vormittags 9 Uhr,
in den

Sophien-Sälen,
C, Sophienstraße 17/18:

Sechszwanzigste ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Erhaltung des Geschäftsberichtes unter Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1917.

2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Gewinnes.

4. Neuwahlen zum Aufsichtsrat. 5. Beschlußfassung über die Ausschließung von säumigen Genossen.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1917 sind in der Geschäftsstelle, Siedingstr. 8, einzusehen.
Der Vorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Dahmann für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bein-krankheit. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. kons. Labor. f. Blutunters., Päden im Harn usw.

Friedrichstr. 61, gegenüb. Königstr. 56/57, gegenüber Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Enthaarung!
Gesichtshaare u. alle häßl. Körperhaare vernichtet sof. schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmähl. u. für immer. Gar. unschädl. M. 2.-, 3.-, vorst. 4.- und 6.- M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Seelenleben eines Onanisten.
Ein Gastandels im Irrenhaus. Kuzl. Groß, über Reisejahre der männl. Jugend. Gegen Einfend. von 1 M. zu beziehen vom Verlag G. Weisner, Jena, Kronfeldstr. 17. 10575

Arbeiter-Samariter + Bund

Kolonie Groß-Berlin.

Sommerkursus - Fortsetzung
Montag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Schulbes Festsälen, Am Königgraben 2.

Fortsetzung der Vorträge über Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers und Verhandlungen, wozu sich noch einige Teilnehmer zur Aufnahme melden können. 285/3

Der einmalige Beitrag für den Kursus beträgt 2,50 M. Eine reichhaltige Bibliothek steht kostenlos zur Verfügung. Lehrpläne sind beim Vorsitzenden Gustav Diehrich, Klopstockstr. 26, Hof part. zu haben.

Stottern!

Ebrachdrungen beseitigt durch systematischen (Einzel-) Unterricht bei Erwachsenen und Kindern. Institut für Sprachstörungen, Berlin, Dinsstr. 77, Nähe Rosenhofer Platz. Sprechzeit 5-8, Sonntag 10-12. Nach vorheriger Anmeldung auch zu anderen Tagesstunden. 182/13

Bei Nichterfolg Honorar zurück.

Harnleiden-Behandlung

Berlin W,
Bülowstr. 12, pt.
Tel. Litzow 9904,
Nollend. 563,
Prospekt H.

Schnellste Erfolge, auch bei hartnäckigen Fällen.
Ohne Berufsstörung
Sprechst. 12-2, 6-8, Sonnt. 11-1
Sanitätsrat Dr. Paul Wolf

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
bes. schnell, gerinbl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
jetzt Friedrichstr. 91/92 an Dorotheenstr. Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Sex. Neurasthenie. Kura. Beh. ohne Berufsstörung. Teils. Harn-u. Blutuntersuchungen Sprechst. 10-1, 5-8; Sonntag 10-1. 143/L

Epilepsie

Bestellen Sie das Buch über Heilung der Fallsucht und Krämpfe von Dr. med. Braun.
Preis 1 M. Nachn. 1,35 M.
= Prospekt umsonst! =
Wir beschaffen Ihnen jedes Buch, welches Sie wünschen.

Verlagsanstalt M. Dreyer, Berlin W
Kurfürstendamm 24.

Unwillen herborzufen würde, wenn diese drastische Maßnahme eingeführt würde, ohne daß in Irland die Dienstpflicht eingeführt würde.

Wenn die Regierung es als wesentliche Kriegsmaßnahme betrachte und es nicht durchbringen würde, dann sollten diejenigen, die dafür verantwortlich seien, daß es nicht zur Ausführung komme, gerichtlich für die weitere Führung der Geschäfte übergeben. Es wäre unmöglich, den Schwereigkeiten Englands zu begegnen, ohne ein einiges Land hinter sich zu haben. Aber man könne verlangen, daß eine jede Partei der Gerechtigkeit Genüge gesehen lasse. Man werde nicht nur die Fren drängen, ihren vollen Anteil an den Kriegskosten auf sich zu nehmen, sondern ihnen den Grundsatz der Selbstbestimmung sichern, für den England auf jedem Kriegsschauplatz kämpfe. (Lauter Beifall bei den Nationalisten.) Lloyd George fuhr fort: Wir sind für diesen Grundsatz in den Krieg gezogen, wir haben uns nie von ihm losgelöst, und ich hoffe, wir würden ihn auf der Friedenskonferenz erzwingen können. Wenn die Fren das Geseh ablehnen, so tun sie das auf ihre Verantwortung. Die Regierung kann unmöglich den Widerstand gegen Homerule als Mittel benutzen lassen, um die Dienstpflicht zu Fall zu bringen, und das ist der Grund, weswegen

jede Maßnahme für sich genommen werden muß.

Lloyd George erinnerte an die Mitteilungen bei der Einführung des Gesetzes, daß Schwankungen zwischen Öffnung und Verzweiflung eintreten würden, und sagte, man werde noch öfters beides fühlen. Er fuhr fort: Aber ich bin doch voll Vertrauen. Wir haben Gelände verloren, aber wir haben nichts verloren, wovon unser Leben abhängt. Das ist nicht nur die Ansicht unserer Generale, das ist auch die Ansicht unseres Generals Koch, der ebenso ruhig, ebenso vertrauensvoll ist. Der General, den ich gesprochen habe, hatte auch ihn an diesem Nachmittage gesehen. Er hat volles Vertrauen. (Beifall.) Der Feind zielt auf die Vernichtung der britischen Armee. Er fühlt, daß, wenn er nur diese Armee besitzgen kann, der Weg zum Siege frei werde. Aber er hat diese Armee noch nicht besitzgen. Er hat, wie ich selber bekennen muß, der englischen Armee schwere Verluste beigebracht, aber diese Verluste sind nichts im Vergleich zu denen, die er erlitten hat. Die französische Armee ist unversehrt, die amerikanische kommt in großen Massen. Die Stimmung mag hoffnungsvoll sein, mag verzweifelt sein; wenn wir nur fest und entschlossen zusammenstehen, wenn wir nicht der Furcht oder Panik nachgeben, wenn wir nur bereit sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, wenn alle Parteien in England, ja in England und Irland zusammenstehen, wenn die Fren in Irland mit den Fren, die zu Millionen über das Meer kommen, diesen Kampf vereint mit den englischen Truppen kämpfen; wenn wir dies tun, dann werden wir endlich siegen. (Lauter Beifall.)

Lloyd George verließ dann unter großem Beifall das Haus. London, 17. April. (Reuter.) In der Debatte über das Mannschaftegesetz sagte Minister Barnes, nach seiner Meinung könne die Homerulebill rechtskräftig werden, bevor die Weshpflicht in Irland wirksam würde. Carson unterbrach und fragte, ob nach der Absicht der Regierung Homerule Geseh werden solle, ehe irgendwelche Fren ausgehoben würden. Barnes erwiderte, die Regierung würde die Will einbringen und

sie würde zurücktreten.

wenn das Oberhaus sie nicht annehme. Hier machte Lloyd George eine zustimmende Bewegung. Barnes sagte weiter, Irland möge zu der Regierung und zu der organisierten Arbeiterchaft Englands Vertrauen haben; sie würden dafür sorgen, daß Irland sein Recht würde; und dann sollte Irland dem Geseh die Unterstützung gewähren, die dessen Recht sei.

Homerule oder Rücktritt.

Amsterdam, 17. April. Ueber die gestrige Sitzung des Unterhauses meldet der Londoner Korrespondent des „Handelsblat“ nach folgende Einzelheiten: Auf die Frage Henlys an Barnes, ob die Regierung zurücktrete, wenn das Oberhaus das Homerulegesetz nicht annehme, zögerte der Minister einen Augenblick, wandte sich um und sah Lloyd George einen Augenblick forschend an. Als dieser bejahend mit dem Kopf nickte, erklärte Barnes, daß sie zurücktreten werde. Was sagt der Ministerpräsident dazu, riefen darauf mehrere Abgeordnete. Ich sage ja, war die Antwort Lloyd Georges, die große Bewegung und verlegenen Beifall hervorrief.

Lloyd Georges Rücksichtnahme auf die amerikanische Meinung.

London, 17. April. Reuter. Bevor Lloyd George seine Mitteilungen über die militärische Lage machte, sagte er, die amerikanische öffentliche Meinung trete für die Veredigung des Mannschaftegesetzes ein unter der Voraussetzung, daß Irland Selbstverwaltung angeboten würde. Es sei eine Lebensfrage für England in seiner gegenwärtigen Lage. Amerika müsse England in einer der bemerkenswertesten Entscheidungen, die je von einer Regierung getroffen worden seien, helfen. Wilsons Entscheidung sei nicht leicht gewesen, aber sie sei der einzige Weg, auf dem Amerika in dieser Schlacht praktischen Beistand leisten könne. Lloyd George sagte, er sei sicher, daß in dem jetzigen kritischen Augenblick nichts mehr dazu beitragen würde, die volle Hilfe Amerikas zu sichern, als der Entschluß des englischen Parlaments, Irland eine Selbstverwaltung zu gewähren, wie sie die vernünftige öffentliche Meinung in Amerika befriedigen würde, und er glaube, England könne das tun. Die Regierung sei deswegen nach dem Bericht der zwischen Konvention zu dem Schluß gekommen, daß die irische Selbstverwaltung eine wesentliche Kriegsmaßnahme sei.

Englisch-Calais.

Berlin, 17. April. Ein kürzlich zwischen England und Frankreich abgeschlossener langfristiger Vertrag setzt fest, daß in Calais die höhere Gerichtsbarkeit auf England übertragen wird. Die Polizeigewalt war bereits seit längerer Zeit in britischen Händen.

England bleibt in Wladiwostok.

Rotterdam, 16. April. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus London vom 16. April: Gestern fragte der Abgeordnete Lees Smith im Unterhause den Staatssekretär, ob irgend welche Sicherheiten gegeben werden könnten, daß die englischen und japanischen Truppen zurückgezogen werden würden, sobald die Ordnung in Wladiwostok wiederhergestellt sei. Lord Robert Cecil antwortete in Vertretung des Staatssekretärs verneinend. Man hoffe jedoch, daß der Zwischenfall bald erledigt sein werde. Lees Smith fragte daraufhin, ob Robert Cecil die Versicherung geben könne, daß die Truppen, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei, zurückgezogen werden. Cecil antwortete, es sei lächerlich eine solche Frage zu stellen. Lees Smith richtete nun die Frage an Robert Cecil, ob er diese Versicherung hinsichtlich der englischen Truppen geben könne. Darauf wurde im Hause gerufen: Nein, nein! Cecil gab keine weitere Antwort.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland

Berlin, 17. April. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß es dem Eintreffen der deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegenstehe und alle Anordnungen für ihren Empfang getroffen habe. Die russische Regierung hat für den Grafen Mirbach bereits ein Haus in Moskau zur Verfügung gestellt und wird die Mission, welche morgen Berlin verläßt, an der russischen Grenze mit einem Extrazug abholen lassen.

Die Fernbeschießung von Paris.

Paris, 16. April. (Reuter.) Amlich. In der Nacht vom 15. zum 16. April wurden bei der Beschließung von Paris ein Mann getötet und zwei Mann verwundet.

Paris, 17. April. (Havas.) Das weittragende Geseh setzte die Beschließung der Gegend von Paris im Laufe des 16. April fort. 13 Tote, 45 Verwundete.

Bolo hingerichtet.

Paris, 17. April. (Havas.) Die neue Untersuchung, die infolge der Enthüllungen Bolo's eröffnet wurde, ist Dienstag beendet worden. Bolo ist heute morgen 6 Uhr in Vincennes erschossen worden.

Die Kämpfe in Finnland.

Einnahme von Abo.

Das finnische Hauptquartier meldet am 16. April: Das Schärenbataillon unter Führung des Leutnants Grafen Ehrenbaerd hat Abo besetzt und die dortigen russischen Truppen gefangen genommen. Die Roten räumen die Küstengegend zwischen Hangoe und Kystad und ziehen sich schnell nach dem Innern des Landes zurück. An der Tobasländischen Front fortgesetzt lebhaftes Gesehstätigkeit bei Lempiäläppli, Kikkala, Kikkala an dem westlichen Ufer des Bähane, ist von unseren Truppen besetzt. In Savolaks und Karelien fortgesetzt Gesehstätigkeit.

Flüchtlinge und Internierte in Holland.

Mißstimmung wegen ihrer Ernährung.

Haag, 16. April. (Korrespondenzbureau.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer brachte der antirevolutionäre Abgeordnete Deumer eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung der Ausländer und Internierten ein. Auf verschiedene Fragen antwortete Minister Cord van der Linden, daß in Holland ungefähr 100 000 belgische Flüchtlinge, 8185 englische, 1607 deutsche Soldaten, 670 entlohene Kriegsgesangene sowie 1548 Russen und Polen seien. Die internierten Kriegsgefangenen und die Flüchtlinge bekämen dieselben Rationen wie die Holländer. Belgien könne nicht um Lebensmittel für die belgischen Flüchtlinge gebeten werden. Zu Maßregeln für die Zulassung von Ausländern werde er ebenso wenig greifen, wie zur Ausweisung belgischer und deutscher Flüchtlinge. Auf den Minister des Aeußern habe es einen peinlichen Eindruck gemacht, daß man über die Gastfreiheit, die den Kriegsgefangenen gewährt werde, rede. Die betreffenden Regierungen hätten versprochen, für die Lebensmittelversorgung ihrer Militärs zu sorgen. Die deutsche Regierung habe schriftlich mitgeteilt, daß sie ihren Versprechen binnen kurzem nachkommen werde. Was die Russen und Polen in Holland betreffe, so beständen noch Schwierigkeiten gegen ihre Heimendung. Die deutsche Regierung habe sich grundsätzlich bereit erklärt, dabei behilflich zu sein.

Die Erstürmung von Bailleul und Wytschaete.

In Bailleul leistete der Gegner überaus zähen Widerstand. Der Befehl des Marschalls Haigh, keinen Schritt zurückzuweichen, sollte hier scheinbar mit allen Kräften befolgt werden. Mit der Eroberung der Höhen östlich des Ortes wurde die englische Stellung in der Stadt selbst immer unhaltbarer, zumal mit Tagesanbruch die deutschen Truppen ihren Angriff gegen die Linie Wille—Cappelinde fortsetzten. In den ersten Morgenstunden wurde der stark ausgebaute und zäh verteidigte Stützpunkt Cappelinde genommen, wobei über 300 Gefangene zweier englischer Divisionen in deutsche Hand fielen. Trotzdem versuchten die Engländer in ihren zahlreichen Maschinengewehrnestern, die Stadt zu halten. Von den aus Nordosten und Nordwesten eindringenden deutschen Truppen wurden sie jedoch im Handgranatenkampf überwältigt. Im Anschluß an die Einnahme des wichtigen Bailleul, von dem nicht weniger als 9 Hauptstraßen nach allen Richtungen ausstrahlen, ging der Angriff auf der ganzen Front vorwärts. Die deutschen Regimenter stießen von den Nordhängen der erstürmten Höhen herab und gewannen weiter Raum. Im ganzen wurden bei der Eroberung von Bailleul 700 Gefangene gemacht. Die blutigen Verluste der Engländer sind hier gang besonders schwer. In amerleennawerter Tapferkeit opfereten sie hier immer wieder neu eingesetzte frische Kräfte.

Bei der Erstürmung von Wytschaete wurden über 400 Mann, darunter 18 Offiziere, gefangen genommen. Die eingebrachte Beute beträgt 4 Geschütze, darunter eines schwersten Kalibers, und eine große Anzahl Maschinengewehre. Der Feind leistete zunächst heftigen Widerstand. Auch hier warf ihn ein umfassender Angriff zurück, der ihn von den Höhen wegfür und nordwestlich des Dorfes traf. Von 8 Uhr abend ab führten die Engländer drei starke Gegenstöße gegen die neu gewonnenen deutschen Stellungen. Sie wurden sämtlich unter hohen blutigen Feindverlusten abgewiesen. Desgleichen scheiterte ein Vorstoß zweier englischer Kompagnien zwischen Wytschaete und Bulberghem. Bei der Erstürmung von Wytschaete schlossen sich die südlichen Raabarruppen dem Vorgehen an. Sie nahmen in kühnem Anlauf die Höhen nördlich vom Westausgange des Dorfes Bulberghem. Hierbei wurden über 300 Gefangene gemacht. Am gleichen Tage wurde der Engländer auch über den Douve-Wald zurückgeworfen, wo er unter schweren Verlusten vergeblich stärksten Widerstand geleistet hatte.

Einberufung des polnischen Staatsrates.

Warschau, 16. April. Nach „Kurier Warszawski“ ist der Termin für die Einberufung des Staatsrates auf den 8. Mai festgesetzt worden.

Rückgang der schwedischen Handelsflotte.

Stockholm, 16. April. Nach einer amtlichen Statistik ist die schwedische Handelsflotte im Laufe des ersten Quartals dieses Jahres um 18 Schiffe und 21 374 Bruttotonnen verringert worden. Zu Beginn des Jahres umfaßte sie 1 081 140 Bruttotonnen und 2512 Schiffe und jetzt nur noch 1 000 776 Bruttotonnen und 2404 Schiffe. In Wirklichkeit gingen im ganzen 27 Schiffe und 25 731 Brutto-

tonnen verloren, aber ein Teil des Verlustes wurde durch Neubauten wieder eingebracht.

Uebergangswirtschaft.

Debatte im Ausschuh für Handel und Gewerbe.

Am Mittwoch unterhielt man sich im Ausschuh weiter über die Grundzüge der Uebergangswirtschaft. Unterstaatssekretär Gypert schilderte ihre Schwierigkeiten und erklärte eine behördliche Ueberwachung, die im Notfall diktatorische Gewalt haben müßte, für unerlässlich. Damit erklärte sich Cohen-Reuch (Sog.) einverstanden, während Nieher und andere nationalliberale und konservative Redner für weitestgehende Wirtschaftsfreiheit eintraten. Geheimrat Weber verwies beispielsweise auf die Textilindustrie. Die Speerbringung und Verteilung der Rohstoffe könne nur von einer Zentralbehörde geregelt werden. Unterstaatssekretär Gypert erklärte: Je länger der Krieg dauere, desto länger werde die gebundene Wirtschaft dauern müssen, und es sei nicht angebracht, sich darüber Illusionen hinzugeben. (Da auch in der „gebundenen Wirtschaft“ die Millionärsgucht blüht, braucht man nicht zu fürchten, daß diese Reuherung in gewissen Kreisen „defätistisch“ wirkt.)

Eine Zensurverfügung.

Auftrage im Reichstag.

Abg. Roske (Sog.) hat folgende Anfrage gestellt:

Den Zeitungen ist folgende Zensurverfügung zugegangen:

Alle Veröffentlichungen über eine bei den Mannschafte- und Munitionswerten, Westhosen, in die Verbindung damit bei anderen Firmen, namentlich bei der Maschinenfabrik Esseren eingeleitete Untersuchung wegen Steuerhinterziehung und Bestechung von Heeresangehörigen, sind verboten. Ist der Herr Reichsanzler in der Lage, Mitteilungen über die vorgekommenen Ungehörigkeiten zu machen?

Ist der Reichsanzler gewillt, jedem Verlesungsversuch über die vorgekommenen Ungehörigkeiten entgegenzuwirken?

Entlassung des ältesten Landsturmjahrganges.

Berlin, 17. April. Amlich. Die kürzlich mitgeteilt, sind die im Jahre 1869 geborenen auf Grund der Landsturmaufrufe zu den Fahnen einberufenen Landsturmlaute spätestens am 30. April zu entlassen, sofern sie nicht freiwillig im Dienste bleiben wollen. Soweit sich solche Leute vorübergehend, z. B. als Urlauber, im Heimatgebiete aufhalten, sind sie von der Verpflichtung zur Rückkehr ins Feld, in die Etappe oder ins besetzte Gebiet entbunden. Sie haben sich alsbald zu der für sie zuständigen Erfahrungsformation zu begeben, die ihre Entlassung veranlaßt.

Die sozialdemokratischen Frauen zur Bevölkerungspolitik.

Im Jugendheim in der Lindenstraße tagte gestern abend eine stark besuchte sozialdemokratische Frauenversammlung, die Reserate des Abg. Genossen Heinrich Schulz, der Genossin Juchacz und des Fräulein Dr. Wogobzinski über die beiden Gesehntwürfe zur Bevölkerungspolitik entgegennahm. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Gesehntwurf gegen die Verhinderung der Geburten ablehnt, mit der Begründung, daß die vorgeesehenen Maßnahmen nur die kriminellen Aborte vermehren würden. Die Erhöhung der Geburtenziffer sei nur durch Stärkung des Willens zur Mutterschaft und damit durch soziale Reformen zu erreichen. Das Geseh bedeute aber einen unzulässigen Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Eine andere Resolution spricht sich für wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus, verwirft aber einzelne Paragraphen des vorliegenden Entwurfs als ein Ausnahmeseh gegen bestimmte Schichten der weiblichen Bevölkerung und fordert Ausdehnung der Gesundheitskontrolle auf alle Personen beiderlei Geschlechts, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein, die Aufhebung der polizeilichen Sittenkontrolle und ärztliche Gesundheitskassen für die zu stützenden fremden Kinder.

Dem Rücktritt des Ministers Dr. Dreiß hatte eine Korrespondenz etwas zu melden gewußt. W. T. W. stellt fest, daß daran „kein wahres Wort“ ist.

Parteinachrichten.

Wahlvereinsversammlungen.

Im Dresdener Volkshaus berichtete vor zahlreichen Mitgliedern des fünften Reichstagswahlkreises Genosse Jungnickel über die Einwirkung des Vereins. Die Reihen der Mitglieder haben sich im vierten Kriegsjahre wieder um 302 gelichtet. Hatten wir bei Ausbruch des Krieges 6331 Mitglieder, so können wir jetzt nur noch 1306 Mitglieder buchen, das bedeutet einen Verlust von 5025 Mitgliedern oder 79,13 Proz. Inbegriffen in diesen Zahlen ist auch der große Rückgang in der Zahl unserer Parteigenossinnen, von denen 438 Genossinnen oder 67,74 Proz. verlustig gingen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könne wie auch anderwärts an besondere Agitation nicht gedacht werden. Trotzdem sei die Vereinstätigkeit soweit als möglich hochgehalten worden. An Mitgliedsbeiträgen sind 1840 W. weniger als im Vorjahre eingenommen worden. Trotzdem sind die Verpflichtungen gegen Parteivorstand, Bezirksvorstand und Zentralstelle der drei Dresdener Kreise erfüllt und neben den anderen Aufgaben dem Wahlfonds, der Zentralarbeiter-Bibliothek und dem Jugendaussehuh insgesamt 2404 M. zugeführt worden. Mit einem Kassenbestand von 2610,82 M. tritt der Verein ins neue Geschäftsjahr. Der Kassierer begründet dann den in den Gruppen bereits diskutierten Antrag auf Beitragserhöhung für männliche Mitglieder auf 15 Pf., für die Genossinnen auf 10 Pf. wöchentlich. Nachdem dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt war, wurde die Beitragserhöhung ohne Widerspruch angenommen.

In Wöhntz tagte eine Kreisversammlung des 19. sächsischen Kreises, die recht zahlreich besucht war. Genosse Kuhnert begründete die Notwendigkeit der Erhöhung der Parteibeiträge. In dieser Frage sprachen mehrere Genossen. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, vom 1. April ab den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Der Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder soll auch fernerhin nur 5 Pf. betragen. Erfreulichweise konnte der Kreisvorstand berichten, daß die Befestigung der „Volkstimme“ trotz der Erhöhung des Bezugspreises geblieben ist. Im Abonnementstand steht der 19. Kreis jetzt an zweiter Stelle im Chemnitzer Agitationsbezirk. Die Leserschaft beträgt zurzeit 5882. Dann berichtete Genosse Kuhnert über den Ausgang der Nachwahl am 47. ländlichen Landtagswahlkreise. Mit der für die Kriegsverhältnisse über alles Erwaarten hohen Stimmengahl von 1611 wurde unser Genosse Hellisch-Chemnitz gewählt. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Landsberg über die politische Lage im Deutschen Reich. Genosse Schöpflin wies nach auf die bevorstehende Reichstagswahl im 18. Wahlkreise hin. Wobauerlicherweise sei zu erwarten, daß der Wahlkampf häßliche und scharfe Formen annehmen werde. Wir im 19. Wahlkreise aber wollen einig bleiben, um später neu zu bauen und von Erfolg zu Erfolg zu schreiten.

Die Börsensteuer.

Keine Steuer wird eine so lebhaft moralische Entrüstung auslösen wie die Steuer, die den Börsen- und Geldverkehr treffen wird. Die Herren an der Börse sind durch drei glänzende Geschäftsjahre so entwöhnt, an die wetterwendische Laune des Schicksals zu glauben und mit einem empfindlichen und dauernden Kursturz zu rechnen, daß sie in aller Harmlosigkeit die schrankenlose Zockererei als unveräußerliches Menschenrecht erklären. In einem Jahr, da das Reich rund drei Milliarden neue Steuern braucht, hoffen sie zu der Deduktion des diesjährigen Ausfalls mit vielleicht 20 oder 30 Millionen Mark herangezogen zu werden. Darum bewahrte die Börse auch bis in die letzte Zeit den berühmten „festen Interton“ und hob bald dieses, bald jenes Papier auf die Schulter.

Von den kommenden Börsensteuern ist die auf die Zinsen, welche die Banken für geliehene Gelder zahlen, eine Neuheit. Sie ist durchaus am Platze, da das Zinskonto in allen Bankabschlüssen außerordentliche Erhöhungen aufweist. Die Banken werden sie leicht tragen können.

Sehr viel wichtiger ist die Erhöhung des Schlussnotenstempels. Ueber jedes getätigte Börsengeschäft muß eine Schlussnote ausgestellt werden, die zugleich als zivilrechtliches Beweismittel und als Bemessungsgrundlage für die Steuer dient, die den Umsatz von Börsenpapieren trifft.

Das Gesetz bringt vor allem die Reuerung, daß auch Staats- und Reichrenten, die bisher steuerfrei waren, steuerpflichtig werden. Das gilt auch von der Kriegsanleihe, die aber den Vorzug genießt, mit dem niedrigsten Satze bedacht zu sein. Er beträgt 25 Pf. für 100,— M. Die bisherige Steuerfreiheit ist aufgehoben worden, weil sich die Hoffnungen nicht erfüllten, daß sie den Kurs der Staats- und Reichrenten günstig beeinflussen und ihren Wettbewerb gegenüber den industriellen Schuldverschreibungen erleichtern werde.

Eine weitere Reuerung ist, daß die ausländischen Renten nicht unerheblich belastet werden, um jetzt und nach dem Kriege einen Wettbewerb mit den einheimischen Schuldverschreibungen möglichst zu erschweren.

Aber das alles ist nicht entscheidend. Die Tragik beginnt erst mit der kräftigen Erhöhung des Schlussnotenstempels auf Aktien. Bisher betrug er 30 Pf. vom angefangenen Tausend des Kurswertes, jetzt soll er verzehnfacht werden, wobei jedoch bei dem Verkehr der Börsenbesucher untereinander ein wesentlich niedrigerer Satz in Anwendung kommt. Die Wissenden an der Börse gingen seit Wochen mit geheimnisvoller Miene umher und erzählten, der Schlussnotenstempel werde auf eine Mark für das Tausend erhöht werden. Sie sind nun auf eine für sie nicht sehr angenehme Weise tügen gestraft worden.

Da die Börsenumsatzsteuer in der Händlerpresse jedenfalls mit unermüdlicher Ausdauer breit getreten werden wird, so dürften sich einige Angaben über die tatsächliche Börsenbelastung nach der Vorlage empfehlen.

Es muß beachtet werden, daß dem Bankkunden nicht nur der Schlussnotenstempel im Verkehr zwischen ihm und seinem Bankier in Rechnung gestellt wird, sondern auch die Hälfte des Schlussnotenstempels, der in dem für die Ausführung des Auftrages notwendigen Verkehr der Bankiers untereinander gezahlt werden muß. Da überdies die Bankiers nicht immer die gewünschten Summen kaufen können, sondern in einzelnen Posten und dementsprechend öfters den vollen Stempel für ein angefangenes Tausend vergüten müssen, so gilt allgemein ein Satz von 55 Pf. für das Tausend als die Summe, die der Kunde bei dem Kauf einer Aktie an Steuern zu zahlen hat. Nun soll diese Steuer verzehnfacht werden; es ergäbe sich also unter Berücksichtigung des neu eingeführten niedrigeren Steuerfußes für den Verkehr der Bankiers untereinander ein Steuerbetrag von etwa vier Mark für das Tausend, also noch nicht soviel als die geplante Umsatzsteuer auf Brot und Fleisch beträgt.

Kauft jemand eine Aktie im Werte von 100 Proz., will sagen 1000 M., so hat er bei Kauf und Verkauf ungefähr 4 M. zu zahlen, wozu noch die Provision an den Bankier und der Zinsverlust für die Zeit der Anlage kommt. Unter diesen Umständen dürfte bei einer Anlage von zwei Monaten und einem Zinssatz von 5 Proz. mit einer Belastung von 3 Proz. oder 30 M. zu rechnen sein. Bei einer Aktie mit einem Kurs von 300 Proz., d. h. im Werte von 3000 M. dürfte sich die Belastung auf 80 M. oder 8 Proz. stellen, bei einer Aktie im Werte von 6000 M. erhöhen sich die Unkosten unter denselben Voraussetzungen auf 12 bis 15 Proz. oder 120 bis 150 M. Diese Sätze mögen die Spekulation dämpfen und die Neigung zur Kapitalanlage in festverzinslichen Werten erhöhen, was beides sehr erwünscht ist und in Oesterreich durch Steuern schon im vorigen Herbst nicht ohne Erfolg zu erreichen versucht wurde; der Kapitalist, der Aktien zur wirklichen Kapitalanlage kauft und nicht zur Erzielung von Differenzgewinnen, wird sich keinesfalls abschrecken lassen, denn seine Unkostenrechnung ruht auf ganz anderen Grund-

lagen. Jedenfalls ist es eine moralische Unmöglichkeit, an eine Erniedrigung der vorgeschlagenen Börsenumsatzsteuer ohne eine sehr kräftige Herabsetzung der Warenumsatzsteuer zu denken; Abgeordnete, die so handelten, würden bei den nächsten Wahlen sehr genau auf ihre Zugehörigkeit zu Aufsichtsräten geprüft werden.

Die Börse wird sicherlich die Gelegenheit zu einem großen Lamento nicht verpassen. Aber es ist vor allem darauf hinzuwirken, daß die Umsatzsteuer, die ohne Wahl und Ausnahme auch auf die lebenswichtigsten Waren gelegt wird, nicht weniger als fünf von Tausend ausmacht. Wenn der ärmste Mann für seinen großen Bedarf fünf vom Tausend aufzahlen muß, so wird für die Börse ein Satz von drei vom Tausend nicht zu viel sein, auch wenn er sich durch die erwähnte Verdoppelung der Transaktion zwischen Kunden und Bankier und zwischen den Bankiers untereinander auf fast fünf vom Tausend erhöht. Es muß sogar dem Reichsschatzkanzler und dem Reichstage der ernste Vorwurf gemacht werden, daß sie die Börsensteuern auf ihrem ungewöhnlich niedrigen Satz gelassen haben, obwohl das Börsengeschäft seit drei Jahren im Freiverkehr außerordentlich blüht und obwohl sich der Reichsbankpräsident und der Börsenkommissar in Vertretung des preussischen Ministers des Innern jedes Jahr einige Male zu den ernstesten Verwarnungen infolge der unverschämten Kursstrebereien genötigt sahen. Und das, obgleich der Gedanke einer Erhöhung der Börsensteuer so nahe gelegen hat, daß er im Mai 1916 als Popanz zur Einschränkung der Börsenspekulation hervorgeholt wurde. Wenn die Höhe der Steuerfrage bemängelt wird, so ist weiter darauf zu verweisen, daß die Banken und Bankiers ihre Provision stark erhöht haben und daß außerdem, wie allgemein bekannt ist und wie auch von der „Frankfurter Zeitung“ im vorigen Jahre wiederholt festgestellt wurde, der Kurschnitt zum Nachteile der Kunden im weiten Umfange geübt wurde. Der Kurschnitt besteht darin, daß Bankiers oder Bankangestellte in Kenntnis von vorliegenden Kundenaufträgen vorher kaufen oder verkaufen und dann, nachdem der Kurs gestiegen oder gesunken war, selbst in das Geschäft eintraten und den Kunden auf Grund ihres kurz vorher getätigten Vorkaufes die Papiere teuer abgaben oder umgekehrt auf Grund ihrer vorher getätigten Verkäufe die Papiere billig abnahmen.

Die sozialdemokratische Partei hat früher Börsenumsatzsteuern abgelehnt, weil jede Umsatzsteuer roh ist und das Geschäft belastete ohne Rücksicht darauf, ob es Nutzen oder Verlust brachte. Aber schon vor dem Kriege trat ein Wandel in den Auffassungen ein und der Jenaer Parteitag von 1913 beschloß:

Umsatzsteuern auf das mobile Kapital werden in Form von Stempelsteuern erhoben. Sie sind abzulehnen, soweit sie Handel und Verkehr erschweren, föhrend auf den Arbeitsmarkt wirken oder vom Besteueren auf Dritte überwälzt werden, die die wirtschaftlich Schwächeren sind, oft sogar sich in Notlage befinden. So sind zum Beispiel abzulehnen die Stempelsteuern auf Kaufverträge, Darlehen, Quittungen, Wechsel, Schecks, Frachturkunden, Fahrkarten. Dagegen können Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne zulässig sein.

Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß die Parteien, in denen die Aufsichtsräte das große Wort führen, ohne das geringste Bedenken Umsatzsteuern auf die notwendigen Lebensmittel in ungeheurer Höhe bewilligen. Die Sozialdemokratie wird es den Interessenten des Börsenverkehrs nicht möglich machen, sich selbst um eine Steuer zu drücken, die nicht höher ist als die Umsatzsteuer auf das tägliche Brot.

Bewerkschaftsbewegung

Teuerungszulage der Ristenmacher.

Am Dienstag beschloß eine Branchenversammlung der Ristenmacher, eine Erhöhung der Teuerungszulage (die jetzt 50 Proz. des Tariflohns beträgt) um weitere 40 Proz. zu fordern. Für die Kreislagenschnneider soll ein Stundenlohn von 2,25 M. gefordert werden und bei Akkordarbeit soll der Preis beziehungsweise die Zulage so bemessen werden, daß dieser Stundenlohn erreicht wird.

Das finanzielle Ergebnis des Schneiderverbandes

wird für das Jahr 1917 von der Fachzeitung als ein gutes bezeichnet. Wohl haben die Gesamteinnahmen des Verbandes im Jahre 1917 infolge der zahlreichen Einberufungen zum Kriegsdienst eine Verminderung gegenüber dem Vorjahre erfahren; sie betragen 419 314,40 M., im Jahre 1916 dagegen 480 189,26 M. Aber auch die Gesamtausgaben des Verbandes sind im abgelaufenen Jahre um 43 185,69 M. geringer geworden; sie betragen 505 949,09 M. gegen 549 185,62 M. im vorausgegangenen Jahre. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Schlusse des Jahres 1917 916 642,70 M. gegenüber 971 511,86 M. im Vorjahre. Es hat sich demnach um 54 869,08 M. vermehrt. Zu dem Kassenbestand der Hauptkasse kommen noch 116 182,70 M. an Beständen in Filialen, so daß das Gesamtvermögen in Wirklichkeit 1 032 775,40 M. betrug.

Wenn man berücksichtigt, welche enorme Ausgaben die Organisation in den vier Kriegsjahren allein für Unterstützungszwecke aufgewendet

hat, so kann die Kassenbilanz sicher nicht entmutigen. Würden doch für Unterstützungszwecke einschließlich 755 157,85 M. Kriegsunterstützung insgesamt 1 296 167,29 M. ausgegeben. Eine Erhöhung der Beiträge hat der Verband der Schneider bisher nicht vorgenommen, er glaubt bei sparsamer und haushälterischer Wirtschaft mit den momentanen Massenverhältnissen seine Aufgaben auch für die kommende Zeit erfüllen zu können, umso mehr, als durch die fast allseitig vorgenommene Erhöhung der Sozialbeiträge die Hauptkasse etwas entlastet und damit eine Verbesserung der Finanzen herbeigeführt werden dürfte. Nichtsdestoweniger wird im Bericht bemerkt, daß es vielleicht gut gewesen wäre, wenn die Organisation dem Beispiel anderer Verbände gefolgt wäre und ebenfalls die Beiträge erhöht hätte.

Soziales.

Zur Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung.

Recht und unstrittig ist die Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes bei den Versicherten, die durch einen Betriebsunfall ganz oder zum Teil ihre Arbeitsfähigkeit einbüßen, wenn sie ein volles Jahr vom Unfall an zuzugesprochen im Betriebe tätig waren. Dann gilt der erzielte Jahresarbeitsverdienst auf die betriebsübliche Zahl der Arbeitstage umgerechnet. Schwieriger gestaltet sich die Berechnung, wenn der Verletzte kein Jahr im unfallbringenden Betriebe beschäftigt war. Dann wird der an dem gearbeiteten Tage wirklich erzielte Verdienst des Verletzten berechnet und für die an den betriebsüblichen Arbeitstagen des Jahres fehlenden Tage der Verdienst eines gleichwertigen Arbeiters hinzugerechnet. Ist ein solcher Arbeiter nicht vorhanden, so wird der Jahresarbeitsverdienst dergestalt ermittelt, daß der durchschnittliche Tagesverdienst, den der Verletzte im Betriebe selbst erzielt hat, mit der betriebsüblichen Zahl von Arbeitstagen vervielfacht wird. Falls die betriebsübliche Zahl der Arbeitstage im Jahre so gering ist, daß die im Betriebe Beschäftigten regelmäßig noch anderweitig Arbeit gegen Entgelt verrichten, so wird für die an dreihundert fehlende Zahl von Arbeitstagen der Ortslohn dem erzielten Verdienst hinzugerechnet.

Um die Anwendbarkeit dieser Grundsätze handelte es sich in folgenden Streitfällen:

Der Arbeiter A. war als Armierungsarbeiter 115 Tage tätig gewesen, als er am 14. Februar 1915 einen Unfall erlitt. Die Intendantur der militärischen Institute berechnete für die Rente den Jahresarbeitsverdienst so, daß sie für die beschäftigten 115 Tage einen Verdienst von 6 M. pro Tag = 690 M. in Rechnung stellte und für die übrigen 185 Tage einen Lohn von 4,81 M. = 899,55 M., insgesamt also 1579,55 M. in Anlag brachte. Die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes wurde angefochten und geltend gemacht, daß A. als Armierungsarbeiter auch an den Sonn- und Festtagen habe arbeiten müssen. Es seien mehr denn 300 betriebsübliche. Der Verletzte wurde vom Oberversicherungsamt stattgegeben und 390 Arbeitstage als betriebsüblich angesehen. Das Verfahren der Intendantur, den Verdienst von 185 Tagen eines anderen Arbeiters dem Verletzten zuzurechnen, sei unstatthaft, da als gleichwertiger Arbeiter nicht ein Friedensfortifikationsarbeiter angesehen werden könne. Der Jahresarbeitsverdienst wurde demgemäß auf 2029,50 M. festgesetzt. Diese Entscheidung war endgültig.

Der Maurer B. war bei einer Straßendankstellung beschäftigt. Er erlitt am 14. Januar 1915 einen Unfall. Hier nahm die Intendantur der militärischen Institute die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes so vor, daß sie für die von B. gearbeiteten 88 Tage den Lohn mit 8 M. und die gehabte freie Verpflegung mit 1,20 M. zusammen 849,60 M. in Rechnung stellte für 202 weitere angeblich betriebsübliche Arbeitstage den Ortslohn mit 4 M. = 1048 M. hinzurechnete. Der Jahresarbeitsverdienst wurde demnach auf 1897,60 M. festgesetzt.

Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin hob auch in diesem Falle den Bescheid auf, nahm 385 betriebsübliche Arbeitstage an und setzte den Jahresarbeitsverdienst auf 3055 M. fest. Da der 1800 M. übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung gelangt, ergab sich ein anrechnungsfähiger Verdienst von 2819 M.

Das von der Intendantur angerufene Reichsversicherungsamt nahm 300 Arbeitstage als betriebsüblich an und setzte den Jahresarbeitsverdienst auf 2760 M. (anrechnungsfähig 2120 M.) fest, also immerhin noch um 722,40 M. höher, als die Intendantur es wollte. Das Reichsversicherungsamt meinte, daß, da der Betrieb nur vom 7. Dezember 1914 bis 15. März 1915 bestanden habe, die Zeit doch zu kurz gewesen sei, um von der im allgemeinen auf 300 Arbeitstage anzunehmenden betriebsüblichen Beschäftigung abzuweichen. Daß in der fraglichen Zeit tatsächlich an den Sonn- und Festtagen gearbeitet sei, konnte nicht in Betracht kommen.

So ersichtlich die Jurisprudenz des Standpunktes der Intendantur ist, die erklärte, daß sie großen Wert darauf legen müßte, eine Entscheidung der höchsten rechtsprechenden Instanz darüber zu erhalten, ob ihre bisher geübte Praxis der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes richtig sei, so betrüblich ist es, daß das Reichsversicherungsamt nur 300 betriebsübliche Arbeitstage angenommen hat.

Im vorliegenden Fall hatte der Arbeiter während der Zeit, wo er beschäftigt war, Sonn- und Feiertage arbeiten müssen, wie ja überhaupt während des Bestehens des Betriebes Ruhetage nicht eintraten.

Verantwortlich für Politik: Erich Lutzer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Anzeigen: Theodor Gode, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag-Gesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Blatt.

A. WERTHEIM

Herren-Wäsche, Hüte usw.

- Oberhemden bunt Perkal Stück von 16.25 an
- Oberhemden weiß m. Pikeefalteneinsatz . . . 17.25
- Stehumlege-Kragen weiche Formen . . . 2.75
- Selbstbinder großes Farbensortiment . . . 2.90
- Fertige Krawatten beliebte Form 2.90
- Selbstbinder (gestrickt) 2.90
- Herren-Hüte weiche Form, großes Farben-Sortiment 19.50
- Herren-Sport-Mützen 4.75
- Knaben-Sport-Mützen 4.50
- Kinder-Matrosen-Mützen 4.50
- Herren-Stroh-Hüte 3.50
- Kinder-Stroh-Hüte schwarze Matrosenform 8.25
- Hosenträger in größter Auswahl Paar 2.50
- Spazierslöcke großes Sortiment Stück 2.25

Herren-Kleidung

- Moderne Herren-Anzüge in verschiedenen Farben und Macharten
- Frühjahrs-Paletots aus halbschweren und leichten Stoffen
- Frühjahrs-Ulster hübsche Formen, teils mit Gurt und Falten, teils hochgeschlossen mit weitem lösem Rücken
- Rock-Jackets u. Westen eleg. Form, marengo u. schwarz
- Loden-Mäntel aus weichen-Qualitäten, grau und oliv
- Gummi-Mäntel
- Imprägnierte Regen- u. Seiden-Mäntel

Herren-Maß-Abteilung

Anfertigung eleganter Anzüge bei Verwendung von guten Stoffen und Zutaten

Garten-Möbel Veranda- und Dielen-Möbel in großer Auswahl

In der Lebensmittel-Abteilung:

- Moselwein
- 1915 Trabener Hülsey Flasche 4.75
- „ Lieserer Niederberg Flasche 5.75
- „ Mehringer Hühnerberg Flasche 7.40
- „ Enkircher Hinterberg Flasche 8.75
- Rheinwein
- 1908 Sommeracher Blümelein Flasche 5.30
- 1916 Osthofener Flasche 6.10
- Bedheimer Flasche 6.60
- Mettener Flasche 7.35
- Plattensee Ungarwein weiß Flasche 5.25 bei 10 Fl. 5.15
- Wermouth-Wein Flasche 9.00 bei 10 Fl. 8.90
- Ober-Ingelheimer Burgunder Flasche 10.00 bei 10 Fl. 9.80
- Oelkers Backpulver Btl. 15 Pf. Vanillinzucker Btl. 12 Pf.
- Kunstgeleepulver mit Fruchtgeschmack Btl. 40 Pf.
- Schaumspise Pak. 45 Pf. Kochfertige Suppen Pak. 20 Pf.
- Ausländ. Puddingpulver Btl. 45 Pf. Getrock. Pilze Pld. 15.00